

erscheint
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Bl. bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
auschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Bl. in deutscher Währ. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Nr.: Tagesblatt Posen.

mit illustrierter Beilage 30 Gr.

Posener Tageblatt

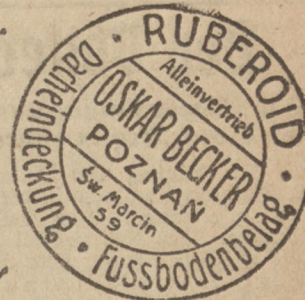
(Posener Warte)

Postfachkonto für Polen
Nr. 200 233 in Polen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postfachkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Zeitungs- (33 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im
Reklameteil 45 Groschen

Sonderplatz 50% mehr. Reklameteil (90 mm breit) 135 Gr.



Osten und Abendland.

Zum japanisch-sowjetischen Bündnis.

Das am 6. Februar d. J. unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung Mikados und Moskowiens ist ein Rückversicherungsvertrag gegen die allzu sichtlich gewordenen Appetite der zwei größten Weltreiche von heute — Britannien und Amerika.

Zugleich bildet dieser Vertrag einen Versuch, einen Dritten im Bunde, den Chinesen, formell als gleichberechtigten Mitverbündeten, in Wirklichkeit aber als einen Bevormundeten zu behandeln.

Die Selbstherrscherei im Kreml und der Sonnensohn zu Tokio haben beide eine vollständig gerechtfertigte Angst vor den beiden verbündeten angelsächsischen Riesen, aber beide sind sie nicht bei Laune, um die Untoten eines drohenden Konflikts mit ihnen mit eigenem Geld und eigenem Soldatenblute zu bestreiten. Das reiche Land im Flußbecken des Gelben und des Blauen Flusses mit seinen 380 Millionen Einwohnern soll beides liefern. Dafür sollen die chinesischen Brüder nun ein Äquivalent von ihren beiden Verbündeten erhalten. Moskau liebkostet allerdings nur mit der linken Seite des unter die Arme freundlich gestakten Chinamannes — es verspricht ihm die Befreiung von der Plage der kapitalistischen Exploitation, die in China durch den weißen Mann, vormiegend aber durch den Angeliaken dargestellt wird. Sun-Jatzens Parteigänger, der Böbel von Shanghai und Kanton, die murrenden Millionen der halbverhungerten Kulis, die unbefriedeten Heere verschiedener Provinzenbeherrscher und Generale, — das sind diejenigen Elemente in China, die den Bund mit dem „freien“ Russenvolke bejubeln. Von der rechten Seite wird der Chinesen vom Japaner nicht weniger verlockend unter den Arm gefaßt. Das große, mächtige Kaiserreich der 2000 Inseln, der Vorkämpfer der ganzen gelben Rasse gegen die „Weißen Teufel“ wird dem Chinesenvolke die Wiederherstellung der alten Bogdhanen Herrlichkeit ermöglichen. Der Konfuzius und Buddha werden dann dank dem Bündnis zwischen den beiden Glaubensbrüdern, dem Japs und dem Chinamann, wieder zu Ehren gelangen — und der christliche Kruzifixträger lustig auf Tausenden von Scheiterhaufen verbrannt. Die Bonzen und Schriftgelehrten, die Konservativen und Monarchisten, die Bauern und die meisten Beamten, — das sind diejenigen Elemente, die das neue Bündnis mit dem Reiche der aufgehenden Sonne heute bejubeln.

Abdiert man nun diejenigen, welche sich in China über das Bündnis mit Moskau freuen, einerseits mit denjenigen, die das Bündnis mit Tokio begrüßen, andererseits, so erhält man in Summa das gesamte Chinesenvolk.

China, das so freundschaftlich von beiden Seiten durch Moskau und Japan unterstützt, bildet den wahren Kitt dieses Dreiecks der Mitternachtswelt gegen das Abendland. Der Haß gegen die europäischen Formen der Demokratie, der Haß gegen das Christentum unserer Zeiten, und der Wunsch, sich gegen die asiatischen Zivilisation der Kapitalisten Londons, Newyorks, Birmingham und San Francisco zur tätigen Abwehr zu setzen, befeuert heute alle drei Verbündete. Ein Bronstein, Apfelbaum und Nachantles in Moskau, ein Komura, Shi und Fukuoka in Yokohama, ein Sunjatsen, Tschangsolin und Jungchitschuan in Peking oder Urga — alle fühlen sie gleichartig. Und ihre Gefühle des Hasses gegen unsere Welt finden ein lautes Echo hinter dem Himalaya und dem Kaukasus — bis an die atlantischen Küsten Marokkos und bis an die Küsten des Indischen Ozeans. Indien und der ganze Dreieck mehr als seinen sympathisieren sicherlich mit dem neuen Dreieck mehr als seinen Feinden den „übermütigen Söhnen Albions“ an der Spitze.

Etwas Großes ist daher Anfang 1925 geschehen. Ein Zusammenschluß des ganzen Ostens gegen das Abendland.

Zwei grundverschiedene Welten sind es, die da aufeinanderprallen. Die angreifende Seite ist die angelsächsische Hegemonie. Wenn man in China seit 1851 von den „Weißen überseeischen Teufeln“ so konsequent ausgezogen wird, wie dies in Hongkong, Malak, Tonking, Formosa, Piao-Tschau, Wei-Ha-Wei, Port Arthur und den 18 „Konzessionsstädten“ der Ausländer geschah, da muß man zum Christenhafter werden. Und der Chinesen ist es geworden. Wenn der Japaner sieht, daß seine Verbündeten von gestern ihm schon 1920 die Insel Jap — einen wichtigen strategischen Knotenpunkt — weit seines Inselreiches gelegen — abnehmen, Singapore an den Toren des Stillen Ozeans in einen der größten Kriegshäfen der Welt ausbauen und gleichzeitig alle Japaner aus Hawaii, Australien und Kalifornien zur selben Stunde gejagt werden, da muß er doch das Gefühl haben, als ob eine eiserne Hand ihm den Hals zuschnürt. Japan wehrt sich und sucht sich den Rücken zu decken. Sicherlich widert den Hof Mikados mit seiner verfeinerten Kultur und eleganter ritterlichen Denkungsart ein Zusammengehen mit den trunkenen Bluthirnen von Moskau an. Aber Japan muß sich vor der Strangulierung zu retten versuchen und — für seine eigenen imperialistischen Pläne das chinesische Reich als einen Feind betrachten. Es hilft daher die Fahne des Panasiatismus mit der Aufschrift: „Asien nur für die Asiaten“.

und es jubelt ihm der Bolschewik in Moskau, der Türke in Angora, der Kabye in Marokko, der Ägypter und Hindu zu.

Und nun — die Sowjets. Diese befinden sich genau in derselben bedrängten Lage wie China und Japan. Das Russenvolk hat sich selbst enthauptet, indem es die gesamte Schicht der Gebildeten abwürgte oder ins Ausland vertrieben hat. 150 Millionen halbwildes Eingeborenen ohne jegliche nationale Leitung — das ist das heutige wunderbare Staatsgebilde, das sich einmal selber „Rußland“ nennt, sondern „Verband der sozialistischen Proletariats-sowjets“, — eine reife Kolonialfrucht in Wirklichkeit, ein

kommandes weißes Kongoland, das nur die Niederkunft seiner neuen Herren vom sternbannigen Dollarita her harret.

Man begreift seine verzweifelte Lage auch in Moskau und — sieht sich nach Verbündeten um, wenn sie auch den ältesten Dynastien der Menschheit gehören. Die Sklaven von morgen haben ja noch ihre Schwerter in den Händen, — sie sind nicht entwaffnet worden wie Deutschland, — können noch lange für ihre Freiheit kämpfen.

Und — sie rüsten! Sie rüsten fieberhaft. — Wer hat gesagt, daß wir einen großen Weltkrieg soeben erlebten, den in Zukunft nimmer ein ebenso graufames Menschenmorden folgen kann? Dr. von Behrens.

Herr Minister Strzyński über Deutschland.

Eine Rede vor der Außenkommission. — Um den Garantiepakt. — Die Antwort an den deutschen Reichskanzler Dr. Luther.

In der Kommission für auswärtige Angelegenheiten ergriff der Außenminister, Herr Graf Strzyński, am Schluß der Debatte noch einmal das Wort, um auf die verschiedenen Vorwürfe zu antworten, die gegen das Außenministerium erhoben worden sind. Zunächst verteidigte er den Standpunkt Polens in der Frage des Genfer Protokolls und kam dann auf den englisch-französischen Garantiepakt zu sprechen. Der Minister bemerkte, daß hierüber zwischen den beteiligten Parteien noch keinerlei Besprechungen aufgenommen worden sind, wie dies Chamberlain auch im Unterhause in Erwiderung auf eine Interpellation festgestellt hat. Ein Garantiepakt für Frankreichs Grenzen könne von Polen nur begrüßt werden, wenn ein solcher Pakt auch das polnisch-französische Freundschaftsverhältnis nicht trüben. Das französische Wort, in seiner Loyalität gegeben, sei von Frankreich noch nie verletzt worden. (Sehr gut! Red. Pol. Tagelbl.) England kann den Kontinent seinem Schicksal niemals überlassen. Unmöglich sei ein Abkommen, das Polen seinen Nachbarn als Bedenke abliefern würde. Mit dem Augenblick, da Polens Interessen auf dem Spiele stehen, wird die ganze Frage nicht erledigt werden, ohne daß Frankreich Polen auch in die Debatte zieht. (Das Vertrauen ist wirklich ganz unbegründet. Schade nur, daß Frankreich sich durch Vertrauen nicht rühren läßt, sondern lediglich seine eigenen Interessen vertritt. Es wird Polen ohne weiteres zu verschiedenen Möglichkeiten zu bewegen wissen, wenn das Frankreichs Interesse erfordert sollte. Wir haben das in dem Abkommen zwischen Rußland und Poincaré gesehen, in dem gesagt wird, daß bei einem Kriege Polens mit Rußland Frankreich sich zur Neutralität verpflichtet. Red. Pol. Tagelbl.)

Die Antwort an den deutschen Reichskanzler.

Was die Beziehungen zu Deutschland anbelangt, so werde die polnische Delegation nach einigen Tagen zwecks Aufnahme der Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrages nach Berlin abreisen. Reichskanzler Dr. Luther hat sich sehr wohlwollend über die Beziehungen zueinander geäußert, und diese Worte müssen von uns mit Genugtuung aufgenommen werden. Leider müßte er als polnischer Außenminister einige Nebenbemerkungen hervorheben, nämlich, daß der Vertrag bei der Festlegung der Grenzen des polnischen Staates nicht beachtet worden sei, und daß der „Korridor“ eine unerträgliche Lage für Dörfer schaffe. Diese unerträgliche Lage ist durchaus nicht den Tatsachen entsprechend, denn das Schiedsgericht zur Schlichtung solcher Streitfragen, die sich aus dem Verkehr durch den Korridor ergeben können, hat während dreier Jahre noch keinen einzigen Fall zur Entscheidung erhalten. Nach der Volksabstimmung hat die Vorkommission Polens Grenzen festgelegt, darum muß der Vorwurf, diese Grenzen basieren nicht auf dem Friedensvertrag, abgewiesen werden.

Hinsichtlich der Beziehungen zu Rußland betone er, daß die Besprechungen zwischen den Sowjetvertretern und Polen erwiesen haben, daß beide Länder miteinander eine friedliche Politik zu treiben haben. Der Wille sei bei beiden Teilen durchaus vorhanden. Litauen gegenüber werde sich der polnische Standpunkt nicht ändern, denn Polen sei zu groß, um sich eine nervöse Politik leisten zu können.

Dänische Minderheitsschulen in Deutschland

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

„Die vom Schleswig-Holsteinischen Provinzialausschuß eingesetzte Kommission zur Behandlung der Frage der dänischen Privatschulen in Schleswig hat ihren Vorschlag nunmehr fertiggestellt. Leider hat der größte Teil der dänischen Presse ihn bereits recht feindselig kritisiert oder sich mit dem üblichen Kommentar der „Flensburger Avis“ begnügt, anstatt festzustellen, einen wie bedeutenden Fortschritt dieser Vorschlag, falls er durchgeführt wird, für die Lösung des deutsch-dänischen Kulturkonfliktes bildet.“

Der Vorschlag empfiehlt, das Minderheiten-Volksschulwesen durch private dänische Nationalitätsschulen bis zum südlichen Verlauf der früheren zweiten Zone zu ordnen. Voraussetzung für die Bildung einer solchen Schule soll die Anwesenheit von mindestens zehn Schülern in dem betreffenden Schulverband sein, ferner die Bereitwilligkeit der betreffenden Gemeindeglieder, zur Errichtung und Betreibung der Schule neben den Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln selbst erheblich finanziell beizutragen, endlich die Sicherheit, daß die Ordnung des inneren und äußeren Schulbetriebes unter Wahrung eines hinreichenden staatlichen Einflusses von den Minoritäten selbst gehandhabt wird. Von besonderer prinzipieller Wichtigkeit ist der Punkt des Vorschlages, der verlangt, daß alle Kinder solche Schulen besuchen dürfen, deren Eltern sich selbst zur dänischen Minderheit rechnen. Dies ist eine wichtige und durchaus notwendige Änderung des alten Grundgesetzes, daß die Sprache für die Zugehörigkeit zur Minorität entscheidend sei. Denn dieser Entspricht nicht den Tatsachen, da auf beiden Seiten der Grenzen Nationalitäten leben, die seit langem die fremde Sprache sprechen, ohne sich jedoch zu dem fremden Kulturverband zu rechnen.

Die fortgesetzten kulturellen Grenzverflechtungen, denen die beiden Regierungen vergeblich ihre feilsche Loyalität entgegenzusetzen, und die gerade in der letzten Zeit sich durch den gereizten Ton der dänischen Presse verstärkt haben, konzentrieren sich ja bei Grundlicher Nachprüfung immer wieder auf die Schulfragen, so daß der maßvolle Vorschlag der Provinzialkommission besonders begrüßt

werden muß. Die dänische Kritik wird sich vermutlich vor allem an die im Vorschlag gebrauchte Wendung von den „echten“ und „unechten“ Minderheiten halten. In der Tat ist dieser Ausdruck für die augenblickliche Lage nicht mehr ganz zutreffend. Denn unechten Minderheiten, d. h. solche Personen, die sich durch wirtschaftliche Erwägungen während der Abstimmungszeit in Dänemark gedrängt fühlen, sind besonders seit der Konsolidierung der Mark nach und nach aufgesogen worden, wie ja auch die Wahlen gezeigt haben, und wohl zum größten Teil mit ihren Eltern in die Sozialdemokratie übergegangen. Daß der deutsche Vorschlag als „taktische Fälschung“ den Abchnitt der alten zweiten Zone wählt, kann nicht so ungünstig erscheinen, obwohl dadurch scheinbar schwache Minderheiten ausgeschlossen werden könnten, denn die Kommission betont ausdrücklich, daß sie diese Linie nicht für eine entscheidende nationale halte. Sie soll also nur eine administrative Erleichterung bieten.

Es ist zu hoffen, daß dieser Vorschlag im neuen preussischen Kabinett nicht auf Schwierigkeiten stoße. Wenn auch die Fortsetzung der Minderheitsschulen sich zum Teil selbst erhalten sollen, dem sogenannten Süddänischen Fonds in Kopenhagen, der eine offiziöse Propaganda-Quelle ist und zum Teil von den fanatischsten Deutschfeinden — freilich in ganz privater Form — verwaltet wird, ein neues Betätigungsfeld öffnet, so ist dieses Feld dann doch ein gesegnetes. Auch eine definitive Ordnung der Schulverhältnisse ist der dänischen Regierung unmöglich machen, die für die Unterhaltung der Minderheiten im Etat figurierenden 200 000 Kronen weiter zu erhalten. Von dort bis zu der unbedingt nötigen Erlangung eines Minderheitenvertrages für die Deutschen in Dänisch-Schleswig ist freilich noch ein langer Weg, in dessen Verlauf viel Vertrauen wegzuräumen sein wird.

Für die preussische Regierung erwacht aber bei solchen Erwägungen, wie sie dieser Schulvorschlag hervorruft, die Notwendigkeit, die ganze Frage in einen Zusammenhang zu setzen, nämlich die traurige Lage fast aller übrigen deutschen Minderheiten in den fremdstaatlichen Grenzgebieten zum Vergleich heranzuziehen, — eine Lage, gegen welche die Situation der dänischen Minderheit in Dänemark recht günstig erscheint.“

Erzellenz Dr. h. e. Lewald

Leiter der deutschen Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

Wie Berliner Blätter melden ist an Stelle des zuer in Aussicht genommenen Ministerialrats Dr. von Stohammern und des danach beordneten Ministerialdirektors Wallroth, jetzt endgültig der Staatssekretär a. d. Wirklicher Geheimer Rat Dr. h. e. Lewald zum Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrages ernannt worden.

Erzellenz Lewald, der vor kurzer Zeit von der Universität Bonn den Dr. h. e. der Rechte verliehen erhielt, weil er sich den Verhandlungen beteiligt hat, die zum Abschluß der Wiener Konvention geführt haben, ist mit den deutsch-polnischen Fragen seit Jahren vertraut. Vor dem Kriege war Erzellenz Lewald höherer Verwaltungsbeamter in der Provinz Posen. Er kennt deshalb das ehemalige preussische Teilgebiet durch eigene Anschauung. Er hat jodann auch als zweiter Bevollmächtigter beim Abschluß des Genfer Abkommens über Obereschlesien gewirkt. Durch seine Ernennung zum Führer der deutschen Delegation beim Abschluß des Wiener Abkommens über die Optations- und Staatsangehörigkeitsfrage ist sein Name besonders bekannt geworden.

Der Völkerbundsrat vor bedeutenden Entscheidungen.

Die Tagesordnung von Genf. — Um die deutsche Note und die Aufnahme Deutschlands. — Chamberlain wird den Vorsitz führen. — Frankreichs wichtigste Aufgaben. — Die Sicherung der polnischen Grenzen.

Die Tagung des Völkerbundsrates, die am Montag, dem 2. März beginnt, wird in der ganzen Welt mit großer Spannung erwartet. Auch Polen blickt mit Erwartung auf diese Tagung. Soll doch diesmal auch über Dantzig gesprochen werden. Als wichtigster Punkt steht auf der Tagesordnung die deutsche Note über die Aufnahme in den Völkerbund, die am 12. Dezember 1924 überreicht worden ist. Bei dieser Tagung soll auch der Plan des Völkerbundes betreffend die militärische Überwachung der besiegten Staaten fertiggestellt werden. In der ausländischen Presse gehen die verschiedensten Gerüchte um. Die Tatsache, daß Chamberlain, wie bereits in Rom, an den Tagungen teilnehmen wird, und daß er diesmal sogar Vorsitzender des Rates sein wird, gibt allen Gerüchten und Vermutungen ein ganz besonderes Gewicht. Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ ist in der Lage, seiner Zeitung folgende besondere Informationen zu übermitteln, die von so großer Wichtigkeit sind, daß sie hier wörtlich gebracht werden sollen. Ob alle diese Dinge zutreffen, ist eine andere Frage; es zeigt sich jedoch hier das Bestreben, die Wichtigkeit dieser ganzen Tagung in das rechte Licht zu setzen. Es heißt in dem genannten Blatt:

„Über das für die Behandlung der deutschen Note einzuschlagende Verfahren besteht noch keine völlige Einigung zwischen den Ratsmitgliedern, auch nicht zwischen den Engländern und den Franzosen. Fest steht, daß ein endgültiger Beschluß durchaus vermieden werden soll. Man ist sich einig über den Grundsatz der Vertagung über der Verschleppung. Einerseits soll diese Vertagung den deutschen Standpunkt zu Artikel 16 schon möglichst ablehnen über doch die zukünftige Ablehnung sicherstellen; andererseits will man vermeiden, daß diejenigen, welche Deutschlands baldigen Eintritt in den Völkerbund befürworten, in ihren Bemühungen gehindert werden. Es ist daher die Rede davon, daß der Rat in seiner Märztagung eine einstimmige Antwort auf die Reichsregierung beschließt. Diese Antwort soll eine Erörterung des Artikels 16 zwar nicht ablehnen, aber ihr doch ausweichen. Über gleichzeitig soll Deutschlands Beitritt zum Völkerbund als wünschenswert bezeichnet werden.“

Zur weiteren Behandlung des Artikels 16 sieht man zwei Wege: entweder soll, was die Neutralen anregen, der Rat einen Juristenausschuß, zu dem auch ein deutscher Sachverständiger hinzugezogen werden könnte, mit der Entscheidung beauftragen. Dieser Ausschuss hätte sein Gutachten dem Rat zu dessen Tagung im Juni vorzulegen. Oder, wie die Franzosen verlangen, soll der Rat als unzuständig erklärt werden und die Völkerbundversammlung im Herbst darüber entscheiden. Die Franzosen erwarten dabei, daß im Zusammenhang mit den anderen allgemeinpolitischen Dingen, wie Abrüstung, Sicherheit, besetztes Gebiet, Genfer Protokoll, Garantiepakt usw. der deutschen Regierung inzwischen klar gemacht wird, daß sie auf jede juristisch festgelegte Ausnahme zum Artikel 16 verzichten müsse, und daß inzwischen die Schaffung der Standpunkte sich praktisch mildert. Und damit erfährt man den

Mittelpunkt der ganzen Angelegenheit:

Wenn die Franzosen von einem deutschen Vorbehalt zum Artikel 16 nichts wissen wollen, so geschieht dies selbstverständlich nicht deswegen, weil sie etwa die Verfassung des Völkerbundes grundsätzlich für unantastbar halten und so besonders die Gleichheit aller Mitgliedsstaaten aufrechterhalten wollten. Das Problem stellt sich vielmehr folgendermaßen: Artikel 16, der die Pflicht zur Beteiligung an den Strafmaßnahmen des Völkerbundes gegen den angreifenden Staat und das Durchzugsrecht der Völkerbundtruppen durch die Gebiete der Mitgliedsstaaten

festlegt, enthält im Kern das ganze Genfer Protokoll mit der Sicherheitsfrage, für das die Franzosen seit dem Herbst unanfechtlich mit England ringen. Dieser Artikel berührt auch für sie die Kernfrage aller ihrer Erörterungen über die Pläne eines englisch-französisch-belgischen Garantiepakts mit oder ohne Deutschland, nämlich

Die Sicherung der polnischen Grenzen.

Wenn Deutschland den Artikel 16 ablehnt, so sieht Frankreich darin in erster Linie den Wunsch Deutschlands, sich von allen Verpflichtungen bezüglich der Distanz freizuhalten und eine autonome politische Existenz mit England zu vermeiden. Aus denselben Gründen, aus denen die Franzosen jedes Zugeständnis in Sachen des Artikels 16 ablehnen, wünschen sie daher gegenwärtig auch Deutschlands Beitritt zum Völkerbund, der für sie ein immer wichtigeres Kontrollinstrument und auch der elastische Rahmen wird, in den die sonst schwierigen Bündnis- und Paktpläne mit England einzuschmiegen sind. Die Franzosen trachten daher begreiflicherweise danach, jede Erschütterung, aber auch jede allzu laute grundsätzliche Entscheidung über Völkerbündnisse im gegenwärtigen Augenblick, in dem noch alles im Fluß ist, zu umgehen. Dazu kommt, daß sie selbst die militärische Überwachung, die ebenfalls auf der Tagesordnung steht, auf engste mit den anderen Problemen verknüpfen haben. Der in Rom gelangene Versuch Branda, in den Militärüberwachungsplan des Völkerbundes die Räumung des besetzten Gebiets und seiner späteren Überwachung durch den Völkerbund einzuschmiegen, sollte möglichst in der Märztagung durch einen endgültigen Beschluß geklärt werden. Aber hier bestehen noch enorme Schwierigkeiten, die auch in den vorbereitenden Arbeiten des ständigen Militärausschusses des Völkerbundes noch nicht beseitigt werden konnten und ebenfalls im engsten Zusammenhang stehen mit den Verhandlungen über die Röhre Zone und das sogenannte Sicherheitsproblem überhaupt, Angelegenheiten, die in vollem Umfang erst auf der Konferenz der Verbündeten, die nach der Tagung des Rats zusammentritt, geregelt werden können.

Bedenkt man, daß gleichzeitig auf der Märztagung England trotz des Versprechens, das es auf der Dezembertagung zu Rom gab, fordern wird, daß die Beratungen über das Genfer Protokoll abermals vertagt werden, so begreift man, daß die beiden deutschen Dinge — Beitritt zum Völkerbund ohne Artikel 16 und Militärüberwachung des Völkerbundes — im gegenwärtigen Augenblick noch weniger Aussicht haben als sonst, von reinen Völkerbundsgeheimnissen aus behandelt zu werden, sondern daß die Verhandlungen des Rats hierüber noch stärker als in Rom den Charakter von englisch-französischen Vorverhandlungen über interalliierte Fragen tragen dürften. Die Auseinandersetzungen der französischen Presse darüber, ob Chamberlain schon auf der Reise nach Genf über erst auf der Reise mit Gerriot beraten wird, sind daher ziemlich müßig, weil Chamberlain in Genf nicht etwa irgendeinen Völkerbundsbeamten wie Léon Bourgeois oder Hanotaux, sondern, wie schon in Rom, den gewichtigen Unterhändler Branda als französisches Ratmitglied treffen wird. Da auch der Belgier Symons wieder nach Genf kommt, ist also eine Art interalliierte Konferenz im Saale des Völkerbundes, als ziemlich gesichert. Und die Tatsache, daß Italien nicht mehr durch die starke Persönlichkeit Salandras, sondern den vorwiegend juristisch eingestellten und zurückhaltenden Scialoja vertreten sein wird, ist auch nur gerichtet, das Bild der interalliierten Konferenzen, in denen Italien immer mehr in den Hintergrund gerät, zu vervollständigen. Eine allerdings verleiht ein wenig dieses Bild, nämlich die Teilnahme des schiedlichen Ratmitglieds Benesch. Das ist aber keine Verschiebung, über die Frankreich sich zu beklagen hätte.

sich etwas in Polen. Wollte man heute eine Abstimmung heranziehen, so würden kaum 20 Prozent der Bevölkerung für Polen stimmen. — Am meisten entmutigt das Volk das heutige Schulwesen. Daran sind unsere Behörden schuld, welche leichtsinnig bei der Anstellung von Lehrkräften verfahren. Ich verlange, daß die Abgeordneten darauf dringen, daß die geistlichen Lehrer befreit werden, und den Lehrern ein besseres Benehmen und den Lehrkräften eine anständige Kleidung empfohlen wird. Die Ursachen der allgemeinen Unzufriedenheit des Volkes sind: 1. unmäßige Steuern, 2. schlechte Schule und schlechte Lehrer und 3. schlechte Beamte. Die besten Stellungen haben Leute aus Polen bekommen, obwohl wir bei uns genug gutes Material in dieser Beziehung haben, nur daß man es nicht nimmt. Unsere Leute bekommen keine Stellungen, man bezieht die Leute, auch wenn sie keine Qualifikation haben, aus Polen, nur weil sie eben aus Polen kommen. Welches ist nun ihre Moral? Als ich mit einem Angestellten der Finanzkasse in Pleß sprach, der Unterlagen begangen hatte, so äußerte er sich: „Wenn man nicht leben kann, so muß man sterben!“ Hier bei uns machen sie sich breit, arbeiten nicht, sondern rühmen sich, daß sie uns die Kultur bringen.“

Die Lehrerschaft in Oberschlesien will wegen dieses scharfen Angriffes bei der Schulabteilung der Wojewodschaft und bei der Apostolischen Administration vorzeitig werden.

Eine Anleihe für die Zuderindustrie.

Unter der Überschrift: „Eine Auslandsanleihe für die Zuderindustrie“ lesen wir im „Kurjer Pocz.“ folgendes:

Informationen aus Warschau lauten dahin, daß eine gewisse englische Finanzgruppe, deren Vertreter, Herr Saerdyer, in Polen weilt, einen Vertrag mit dem Verband der Zuderindustrie Kongregpolens über eine Anleihe für die in diesem Verband zusammengefaßten Zuderfabriken abgeschlossen hat. Die Höhe der Anleihe ist auf 2 Millionen Pfund Sterling (ca. 50 Millionen Mark) festgelegt worden. Die erste Rate in Höhe von 500 000 Pfund wird im März d. Js., die nächste im April, die übrigen in den Sommermonaten ausgeschüttet werden. Der Zinsfuß beträgt 10 Prozent jährlich bei jährlicher Abzahlungsfrist. Eine der Vertragsbedingungen soll bezüglich der Verknüpfung der Handelsfinanzinteressen der Zuderindustrie Kongregpolens mit der seit einigen Jahren bestehenden englisch-polnischen Bank in Warschau sein, von der das erwähnte englisch-polnische Bank in Warschau kauft, während sich 40 Proz. in der Hand der Zuderindustrie befinden sollen, wobei die zustehende Summe für diese Aktien polnischerseits durch Aktien der Bank Polska, die die Zuderfabriken besitzen, eingezahlt werden soll.

Selbst sich diese Nachrichten als wahr erweisen, wird die angenommene Anleihe eine außerordentlich große Bedeutung für die Zuderindustrie haben; denn sie gestattet die Überwindung der gegenwärtigen schwierigen Lage, wobei sie nicht allzu sehr die Produktion belasten wird, da die Verzinsung weit niedriger ist als bei den anderen Anleihen, und überhaupt einen niedrigen Zins ausmacht, namentlich wenn man in Betracht zieht, daß die Anleihe kurzfristig ist, was der Zinsfuß höher zu sein pflegt.

Wie weiter aus den erlangten Informationen hervorgeht, wird die Anleihe nur von einem Teil der polnischen Zuderindustrie, nämlich der Zuderindustrie von Kongregpolen, aufgenommen, wobei sie mit der Polnisch-Englischen Bank verbunden werden soll, was einem Bruch mit der Bank Sukromietna, dem bisherigen handelsfinanzialen Vertreter auch der dortigen Zuderfabriken, gleichkommt. Aus dem allen kann man folgern, daß in der polnischen Zuderindustrie, die bisher in einem einheitlichen Kartell für ganz Polen vereinigt war, eine Spaltung erfolgt. Wir werden sicher in diesem Industriezweig zwei Kartelle haben: ein westpolnisches und ein Warschauer Kartell. Diese neue Struktur

der Zuderindustrie kann sehr grundlegend einwirken auf die bisherige Gestaltung der Zuderindustrieverhältnisse, sowohl hinsichtlich der Preispolitik auf dem Binnenmarkt, als auch der Art der Produktion und des Verhältnisses der Regierung zu diesem Industriezweig. In gewisser Hinsicht werden bei diesem Wechsel die Interessen der Konsumenten und des Zuderhandels sicher gut fahren.“

Republik Polen.

Vom Haushaltsausschuß.

Die Sejmkommission für Haushaltsfragen erörterte in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung den Gesetzentwurf über den Haushaltsvoranschlag für die Monate März und April. Nach dem Referat des Abg. Jozefowski vom Rat Volsverband, der um die Annahme des Gesetzes bat und dabei zu Art. 1 eine Verbesserung vorschlug, nach der Sachausgaben, deren Tätigkeit in Folge des Anwachsens der Preise höhere Kredite erfordert, in der von Preisumwachs abhängigen Höhe über die in demselben Artikel des Gesetzes über das Provisorium gewährten Grenzen hinaus getätigt werden könnten, meldete Abg. Byzla von der polnischen Volkspartei zu Artikel 2 eine Verbesserung an, die dahin ging, daß der Finanzminister ermächtigt wird in der Zeit bis zum 30. April im Einklang mit dem Sejm-Beschluß vom 20. Februar 25 Millionen Sloty für Zwecke der Sachhilfe zu verausgaben. Der ganze Gesetzentwurf wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Antrag des Abg. Byzla wurde abgelehnt, während der Antrag des Berichterstatters Jozefowski zur Annahme gelangte.

Die Anleihe.

Der „Kurjer Gzerny“ erfährt, daß die amerikanische Anleihe folgendermaßen verteilt werden wird: 40 Millionen Sloty sind für den Bau neuer Eisenbahnlinien und der Rest für die Bildung des Wirtschaftsfonds bestimmt dessen Aufgabe in der Gewinnung langfristiger Papiere besteht wird, die die Grundlage für weitere Kreditoperationen auf den Auslandsmärkten bilden sollen. Es werden vor allem für wirtschaftliche Bedürfnisse kurzfristige Kredite gewährt werden, die dann in langfristige umgewandelt werden. Der Regierung geht es vor allem um die Ermäßigung der bisher gültigen hohen Verzinsung. Für die Bauaktion hat die Regierung 10 Millionen Dollar bestimmt die vorläufig in der Form kurzfristigen Kredits herausgegeben werden und dann in niedrig verzinsten langfristigen Kredit umgewandelt werden sollen.

Auch Herr Strzyski geht nach Genf.

Außenminister Strzyski wird während seines Aufenthalts in Genf vom Minister Ljuzut vertreten werden.

Ein Frühstück.

General Kollet hat in Paris zu Ehren des Generals Dzialowski, des Insektors der polnischen Militärschulen, ein Frühstück gegeben, an dem der Vorkämpfer Chlapowski und viele hervorragende Persönlichkeiten teilnahmen.

Die Staatspolizei.

Der Ministerrat hat einen Gesetzentwurf beschlossen, der eine Änderung im Finanzwesen der Staatspolizei einführt und im Gesetz über die demnächstige Regelung der Kommunalverwaltungen durch die Einziehung des Grundbesitzes der Deduktion der Unterhaltungskosten für die Staatspolizei gänzlich durch den Staatsfiskus, sowie die prozentuale Ummormierung des Anteils der Gemeinden, Städte und Kreise kommunalverbände an den Einkünften aus der Staatskommunikation.

Um die Arbeiter in Frankreich.

Das von den Ministern Sokal und Godard unterzeichnete polnisch-französische Emigrationsprotokoll schafft einen neuen Typ von Arbeitsverträgen für Landarbeiter, nach dem der Arbeitgeber nach Beendigung der Arbeiten eine Quote geben soll für die Rückkehr nach Polen, und nicht, wie bisher, Prämien. Die Unkenntnis der französischen Sprache darf kein Grund sein für die Einrechnung der Arbeiter in die zweite Klasse. Die berufene gemischte Kommission wird alle Fragen regeln, die die Emigration von Arbeitern betreffen.

Die Bündnisverhandlungen zwischen Griechenland und Jugoslawien.

(Eigenbericht des „Pos. Tagebl.“)

Belgrad, 23. Februar. Bekanntlich hat das Königreich SHS (Jugoslawien) das Bündnis mit Griechenland im Herbst gekündigt, weil sich die griechischen Delegierten beim Völkerbund unter der Führung des Staatsmannes Dr. Politis dazu herbeigelassen hätten, ein ziemlich den tatsächlichen ethnographischen Verhältnissen in Mazedonien und Thracien entsprechendes Winderheitenabkommen mit Bulgarien abzuschließen. Dadurch glaubte die Belgrader Regierung vor allem, in ihrem Standpunkte gegenüber ihrer mazedonischen Bevölkerung und gegenüber der bulgarischen Regierung ins Hintertreffen geraten zu sein, da man sich in Sofia nunmehr auf einen Präzedenzfall berufen konnte, der demokratischen Erwägungen einen allzu großen Spielraum einräumte. Griechenland hatte sich nur deshalb zu einer so fortschrittlichen Auffassung des Nationalitätenproblems am mittleren Balkan durchgerungen, weil es damals gerade mit dem Völkerbund wichtige Unterhandlungen führte wegen Erlangung einer Völkerbundsanleihe, um die finanziellen Lasten, die ihm aus dem griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch erwachsen waren, zu decken. Seine prekäre finanzielle Lage machte es ihm wert, auf dem Altar der Demokratie in Genf einen Obolus zu entrichten. So kam das Abkommen mit Bulgarien zustande.

Sofort nach der Kündigung des serbischen Bündnisses hat sich die griechische Regierung bemüht, in Belgrad neue Fäden anzuspinnen, um wieder zu einem Bündnisvertrag zu gelangen. Die erste Bedingung, um den Groll Poljitsch zu besänftigen, bestand darin, daß das mit Bulgarien abgeschlossene Abkommen niemals in Kraft trete. Da man die Völkerbundsanleihe schließlich schon begeben hatte, so glaubte man in Athen an das moralische Opfer zugunsten der bulgarischen Winderheit nicht mehr denken zu brauchen. Politis legte einfach seine Mission beim Völkerbund nieder, und die griechische Kammer verweigerte die Ratifikation des Abkommens. Nun war der Weg zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Jugoslawien frei.

Die Verhandlungen kamen auch tatsächlich nach dem Jahreswechsel in Fluß. Bald zeigte es sich aber, daß Jugoslawien nun die Gelegenheit dazu benutzen wollte, sich günstigere Bedingungen als im alten Bündnisvertrage zu sichern. Die hauptsächlichsten Forderungen bezogen sich auf den Hafen von Saloniki. Griechenland hat schon im Vorhinein den Südslawen eine Freihafenzone eingeräumt, in der sogar ein jugoslawisches Zoll- und Postamt zugelassen wurde. Nun aber will Jugoslawien nicht nur eine Vergrößerung seiner Freizone durchsetzen, sondern stellt mannigfache Forderungen in Bezug auf die Sicherung des Eisenbahnverkehrs zwischen der serbischen Grenze und Saloniki. Da die Jugoslawen sogar die Abtretung eines Gebietsstreifens längs der Bahnlinie Guegheli-Saloniki verlangten, drohten die griechischen Unterhändler mit dem Abbruch der Verhandlungen. Jetzt haben die Südslawen ihre Ansprüche dahin reduziert, daß sie sich mit der Internationalisierung der genannten Bahn zufrieden geben. Da sich die beiderseitigen Delegationen bisher nicht einigen konnten, wurden die Unterhandlungen heute unterbrochen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, von den Regierungen neue Weisungen einzuholen. Die Nachrichten von einem Abbruch der Verhandlungen sind unrichtig. Sie werden noch vor Ostern wieder fortgesetzt werden. Bis zu einem endgültigen Abschluß des neuen Bündnisvertrages wird allerdings noch eine längere Zeit verstreichen.

Inzwischen hat sich das Verhältnis zwischen Sofia und Athen bedeutend verschlechtert, und man sieht in griechischen Kreisen bei den letzten Tagen stark um sich greifenden Aufstandsbewegung im bulgarisch-mazedonischen Grenzgebiet nicht ohne Bedauern entgegen.

Ein polnischer Priester über die polnische Schule.

„Die Deutschen haben uns besser erzogen.“

Der polnische Geistliche Kosmus aus Nikolai hat bei einer Versammlung der Christlichen Demokratischen Partei am 14. Dezember 1924 das polnische Schulwesen einer außerordentlich scharfen Kritik unterzogen. Diese Kritik wird nun am 15. Februar, in Nr. 4 des Organs der Volksschullehrer „Szkoła Slaska“ (Schlesische Schule) scharf angegriffen. Der Geistliche Kosmus hat sich in der Abstimmungszeit auf seinen Polens lebhaft für den Übergang Oberschlesiens an Polen eingesetzt und darum mögen seine Worte hier als unverfänglich an diese Stelle gesetzt werden, ohne daß wir uns erlauben, irgendwie zu diesen Ausführungen Stellung zu nehmen.

Die Schriftleitung.

Der Geistliche sagte: „Ich muß eine wichtige Angelegenheit berühren, nämlich die Sache unserer Erziehung. Wie die Schule, so ist auch die Gesellschaft erziehungsbedürftig, und unsere gegenwärtige Schule ist unter aller Kritik. Früher haben uns Deutsche unterrichtet und erzogen — aber sie haben uns besser gelehrt und erzogen, als die polnische Lehrerschaft. (Hört, hört! „Kurjer Poczanski“, höre auch du Red. d. „Pos. Tagebl.“) Auf der Versammlung des Westmarkenvereins wurde erwähnt, daß immer mehr Eltern ihre Kinder in die Winderheiten-schule eintragen lassen, weil sie dort mehr und besser lernen als in den polnischen Schulen.“

Einmal fuhr ich im Eisenbahnwagen, in welchen vier Lehrerinnen und ein Individuum einsteigen. — Sie waren so gekleidet, daß man alles sehen konnte. Die Kleider waren so ausgeklüffelt, daß der Nabel zu sehen war. Die nackte Brust bedeckten sie mit einem Schal, welcher hier und da herunterfiel und dabei den nackten Leib zeigte; die Kleider gingen bis über die Knie. — Eine solche Dame soll dann 13-jährige Knaben unterrichten. Ist das kein Argernis? Ich kenne verschiedene Schulen bei uns, in Frankreich und in Amerika, und gut kenne ich die Schulen in Galizien und weiß, ob zu meinem Glück oder Unglück, ich war in diesen Schulen über 6 Jahre und kann darüber urteilen. Die von dort hierher geholten Lehrer lehren nichts und die Kinder können nichts. Anhalt Handarbeiten lassen sie sie verschiedene Papierarbeiten, Klebearbeiten machen, welche viel Geld kosten und eine Dummheit sind.

Damit können sich in Galizien die eleganten Damen spielen, aber wir brauchen dies hier nicht. Das Mädchen beendet hier die Schule, hat aber nicht stricken gelernt, sie kann später keinen Knopf an die Hosen ihres Mannes nähen aber wenn die Lehrerin keinen Strumpf stricken kann, wie kann sie dies den Kindern beibringen? Monat für Monat müssen die Bücher und neue Hefen kaufen; früher bekamen sie Bücher und Hefen umsonst. — Dies alles entmutigt das Volk. Und was für Lehrerinnen haben wir? In Galizien beendet die Dame zwei Klassen, besucht dann einen mehrwöchigen Kursus in Krakau oder Warschau und wird dann nach Oberschlesien oder in die Westkreise geschickt, um hier Lehrerin zu spielen. So wurde ein Pferdeköhler zum Lehrer, zur Verwunderung derjenigen, die ihn kannten. Unsere Knaben und Mädchen brauchen man nur polnisch zu lehren, und sie würden besser und mehr unterrichten und die Kinder besser erziehen als diese hergekommenen Kräfte, denn sie würden die Kinder nicht verderben. Und wie ist ihre Moral? Wie führen sie sich auf? In die Kirche gehen sie mit den Kindern nicht, aber das schadet nicht, denn was sollen die Hunde in der Kirche. So ist es in Galizien überall.

Eine Lehrerin in Roscis hatte ein uneheliches Kind in der Schule und lehrte noch bis heute dort. Es gibt noch andere Fälle, die ich aus maßgebender Quelle weiß. Im allgemeinen, es tut

Der Tag der Gefallenen in Deutschland.

Der „Vor-Anz.“ meldet: Der kommende Sonntag gilt den im Weltkrieg gefallenen Deutschen. Der Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ hat die Leitung der Veranstaltungen übernommen. Es sind im ganzen sieben Feiern in Berlin vorgesehen (Reichstag; Großes Schauspielhaus; Deutsches Opernhaus; Autohallen, Kaiserdamm Feldgottesdienst; Deutsches Brauhaus, Landberger Allee; Lehrervereinshaus; Hochschule für Musik), in der bekannte Redner sprechen und die von musikalischen Vorträgen umrahmt werden. Sämtliche Feiern beginnen um 11½ Uhr. Karten beim Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“, Matthäikirchstraße 19, und seinen Ortsgruppen.

Außerdem wird in allen Gottesdiensten der Gefallenen gedacht werden. Um die Mittagszeit, nach 1 Uhr, werden in allen Kirchen Deutschlands die Glocken geläutet werden. Um 10 Uhr findet im Dom ein besonderer Volksterngottesdienst statt, zu dem die evangelischen Mitglieder der obersten Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Parlamente, des diplomatischen Korps usw. Einladungen erhalten haben. Ebenfalls um 10 Uhr wird auch in der Allen Garnisonkirche ein feierlicher Gedächtnisgottesdienst abgehalten, zu dem die in Berlin anwesenden evangelischen Angehörigen der Reichswehr und Marine sowie die Angehörigen der alten Garde-Truppenteile eingeladen sind.

Über alle Parteien, über alle Konfessionen hinweg, soll am Sonntag erhellende Erinnerung ausgehen: Unsere im Weltkrieg gefallenen Helden! Als Zeichen trauernden Gedankens sollten an diesem Tage nicht nur aus den Gebäuden der Behörden, sondern auch aus allen Häusern die Fahnen halbmast wehen.

Zur Zentrumsaffäre im preußischen Landtag.

Rundgebungen für von Papen und Bönar.

An der Abstimmung über das Vertrauensvotum des neuen Preußenkabinetts Marx hatten bekanntlich die beiden Abgeordneten von Papen und Bönar nicht teilgenommen. Sie wurden daraufhin von der Zentrumsfraktion aus der Partei ausgeschlossen. Zu diesem Vorfall hat jetzt der Rheinische Bauernverein folgende Entschließung gefasst, in der es unter anderem heißt:

„Die preußischen Landtagsabgeordneten von Papen, Königsberg, Bönar und Baumann haben sich in der letzten Woche bemüht, die berufsmässigen Forderungen der westfälischen Landwirtschaft der Zentrumsfraktion zur Anerkennung zu bringen und die Partei dazu zu bewegen, ihr den rheinischen Bauernvereinen gegebenes Versprechen zu halten.“

Die Arbeitsgemeinschaft der Kreisbauernschaften Essen Stadt und Land, Mülheim und Duisburg des rheinischen Bauernvereins stellt diese Tatsache mit Befriedigung fest, spricht den genannten Abgeordneten ihr vollstes Vertrauen aus und bittet sie dringend, ihr Mandat weiter auszuüben. Eine Zusammenarbeit mit Severing ist für die Landwirtschaft eine untragbare Belastung und steht im schärfsten Gegensatz zu der Forderung einer Regierung auf christlich-nationaler Grundlage.

Wir fordern von den Abgeordneten, daß sie den Grundsatz völliger Gewissensfreiheit aufrechterhalten und sich nicht durch einen jede selbständige Meinungsäußerung unmöglich machenden Fraktionszwang um den Rest ihrer Selbständigkeit bringen lassen. In diesem Kampfe um die Gewissensfreiheit wird der landwirtschaftliche Berufsstand des hiesigen Bezirks sie in jeder Richtung unterstützen.“

Das ist mit anderen Worten ein Vertrauensvotum für die beiden Abgeordneten. Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages wird wohl daran gehen müssen, ihren Beschluß zu revidieren.

Der Tschelaprozess.

Um Ampullen mit Bazillen.

Die gestrige gewaltsame Entfernung des Verteidigers Dr. Sommer aus dem Gerichtssaal hatte wie wir bereits meldeten, unliebsame Störungen der weiteren Verhandlung zur Folge. Heute wurde mit Wahlverteidiger verhandelt.

Im Verlauf der Verhandlung bittet der Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld eine kurze Erklärung abgegeben zu dürfen. Der Vorsitzende lehnt dieses ab und bleibt bei seiner Ablehnung. Durch Gerichtsbeschluß wird die Entgegennahme von Erklärungen der Verteidigung abgelehnt. Darauf werden auf Antrag von Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld die Wahlverteidiger entlassen und die Wahlverteidiger nehmen ihre Tätigkeit in vollem Umfange wieder auf.

Copyright by Ernst Keils Nachf. (Aug. Scherl) G. m. b. H., Leipzig.

Blutrausch.

Eine Liebesgeschichte aus dem roten Rußland.

Von Gertrud von Broddorf.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Er schob mit bedenklichem Gesicht ein paar Holzscheite in die erstirbenden Flammen.

Plötzlich legte er den Kopf zurück und horchte.

Der schwache Schall der vereinzelten Schüsse von vorn war stärker geworden. Ein ratterndes Geräusch prasselte wie das Aufklappen schwerer Holzklappen über die weißen Dächer.

„Maschinengewehrfeuer!“ dachte Suwalkoff.

Eine leichte Unruhe malte sich in seinen Zügen.

Da trat er wieder zum Schreibtische, schob die Papiere zusammen, verschloß einige und griff nach seinem schweren, schafpelzgefütterten Mantel, der zwischen einem Gemälde von Watteau und dem Bronzekopf eines französischen Meisters an der mit dunkelblauer Seide bespannten Wand hing.

Draußen in dem breiten Gange mit den hellpolierten Spieltischen an den Wänden schlug ihm eine scharfe, trockene Kälte entgegen. Es zog vom Treppenhause her. Vielleicht stand unten eine Tür offen.

Suwalkoff knöpfte den schweren Mantel zu und schlüpfte in die warmen, pelzgefütterten Fausthandschuhe. Dabei atmete er begierig die kalte Luft ein, in die sich von den Gemächern der Fürstin her ein zarter, unbeschreiblich süßer Duft mischte.

Der Gedanke an Marja Petrowna zog ihm das Herz zusammen.

Unten im Hause wurde krachend eine Tür zugeschlagen. Schwere, nagelbeschlagene Schuhe tappten in den Sälen.

Suwalkoff stieg die Treppe hinunter und warf einen zerstreuten Blick durch die breiten geöffneten Flügeltüren der Gemäldegalerie.

Angellagerter Mörsner erklärt sich bereit, jetzt seine Aussagen zu machen. Vorsitzender: Ich werde Ihre Vernehmung in geeigneter Zeitpunkt veranlassen. Die gestern vernommenen Angeklagten werden sämtlich zu gegebener Zeit nochmals vernommen werden.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld bittet die Vernehmung schon jetzt vorzunehmen. Vorsitzender: Der Angeklagte Mörsner hat gestern, ebenso wie die anderen Angeklagten aus unzureichenden Gründen die Aussage verweigert, obwohl ihm Gelegenheit zu Erklärungen gegeben war. Ich halte es nunmehr für geboten, die Vernehmung für einen späteren Zeitpunkt zurückzustellen.

Hierauf wird der Angeklagte Meus vernommen. Der 34 Jahre alt ist und seit April 1924 sich in Untersuchungshaft befindet.

Der Angeklagte Meus bestreitet, etwas von den Plänen über die Ermordung Seckts gerührt zu haben. Auch den Inhalt der ihm gemachten Patente, in denen sich die Ampullen mit Bazillen befinden, will er nicht gekannt haben. Er hat sich in einer mehr untergeordneten Stellung befunden und nur Anweisungen zu befolgen gehabt.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 27. Februar.

Ein Denkfessel für einen rücksichtslosen Rutscher.

Für rücksichtslose Rutscher sei als Warnung mitgeteilt, daß das Friedensgericht in Posen am 25. d. Ms. den Arbeiter Dutkiewicz zu 4 Wochen Gefängnis wegen fahrlässiger Körperverletzung verurteilt hat, der am 6. Oktober 1924 mit einem Wagen einer hiesigen Selterfabrik die Schülerin Hildegard R. überfuhr. Das Kind hatte soeben auf dem Reitplatz die Straßenbahn verlassen und wollte den Weg zum Belom-Knochenhaken Lyzeum fortsetzen, als es unerwartet von dem Gespann des Angeklagten auf Boden gerissen wurde, der im Trade rücksichtslos darauf losgefahren war. Sie erlitt einen Schädelbruch und eine Fußverletzung und mußte 5 Wochen in der Diakonissenkrankenanstalt liegen. Natürlich waren auch alle Sachen zerrissen. Zum Glück waren Augenzeugen des Vorfalls vorhanden, insbesondere hatte ein Stadtvorsteher ihn genau beobachtet. Der Täter war nach dem Unfall noch mehrere hundert Meter weiter gefahren. Natürlich suchte er in der Sitzung die Schuld auf die eigene Unvorsichtigkeit des Kindes zu schieben, wurde aber in einwandfreier Weise widerlegt. Auf Antrag des Vaters der Verletzten, der sich als Nebenkläger angeschlossen hatte, wurde der Angeklagte zur Zahlung einer Buße von 1000 Zł an diesen verurteilt.

Teilnahme eines schweren Verbrechers.

Durch die Polizei in Obornik wurde der Kriminalpolizei in Bromberg, wie die „Deutsche Rundschau“ angibt, der 39jährige Arbeiter Franz Swiatomiat eingeliefert, der mehrere schwere Raubüberfälle und Sittlichkeitsverbrechen begangen hat.

Vor etwa zwei Jahren war er aus dem Zuchthaus in Grone a. Br. entsprungen, wo er eine zehnjährige Strafe zu verbüßen hatte. Seitdem trieb er sich in Wäldern umher und verdingte sich schließlich als Waldbarbeiter in den Wäldern bei Obornik, wobei er sich den Namen Stefan Aukla beilegte. Im Herbst vorigen Jahres entdeckte der Förster Gierke im Walde eine Höhle, die offenbar als Wohnplatz gedient hatte, und Polizeibeamte, denen Gierke Meldung erstattete, fanden in der Höhle allerlei Nahrungsmittel. Der Vogel war aber ausgeflogen, d. h. „Aukla“ war und blieb verschwunden, da er wahrscheinlich „Lunte gerochen“ hatte. Am Montag, 23. Februar, entdeckte der Landwirt Paul Minge aus Koblisch, Kreis Obornik, in seiner Scheune einen fremden Mann, der sich im Stroh ein Lager bereitet hatte. Da ihm die Sache nicht geheuer vorkam, verließ sich M. mit einem Gewehr, während der Fremde inzwischens fortgegangen war. Er folgte ihm, und unterhielt diese Forderung durch ihn auf, stehen zu bleiben, und unterhielt diese Forderung durch einen Schreckschuss. Der Unbekannte ging trotzdem weiter, worauf M. ihm zurief, er habe polizeiliche Rechte, und werde ihn niederstrecken, wenn er nicht stehen bleibe. Daraufhin hielt der Fremde an, und es gelang M., ihn unter Bedrohung mit Erschießen zur nächsten Polizeiwache zu bringen. Von dort wurde er nach Obornik gebracht und alsdann der zuständigen Kriminalpolizei in Bromberg übergeben, da sich durch Vernehmung herausgestellt hatte, wen man vor sich habe. Es handelte sich um einen schweren Verbrecher, der Raubüberfälle und Vergewaltigungen verübt hatte. Besonders trag war der nachstehende Fall, über den der Verbrecher bereits ein volles Geständnis abgelegt hat.

Zwischen üppigen Rubensschen Gestalten und altfranzösischen Meisterwerken aus den Schlössern geflüchteter Adelsfamilien grinsten die grellen Verzerrungen des Futurismus: ein Chaos unübersichtlicher Formen und Farben, das dem Gehirn eines Delirierenden entsprungen zu sein schien.

Eine Gruppe von Bauern stand verdrossen und stumpfsinnig vor den goldenen Rotatorahmen. Zwei junge Rotgardisten in Vallonmützen, tief ausgeschnittene Matrosenblusen und lose über den Arm gehängten Pelzmänteln lachten vor den blühenden Fleischmassen eines Rubens.

Suwalkoff schloß die Augen, als ob das Bild ihm weh täte.

Er dachte wieder an Marja Petrowna. Er dachte immer an sie. Immer ohne Hoffnung. Immer in einer resignierten, sehnächtigen Trauer, die noch von früher in seinem Charakter haftete und ein Teil seines Wesens geworden zu sein schien.

Als er wieder in das Treppenhaus hinaustrat, prallte er mit dem Fürsten Alexander Volkonski zusammen.

Volkonski griff mit einer höflichen Entschuldigung an die weiche, runde Pelzmütze. Er trug einen kostbaren, zobelgefütterten Pelz, dessen feines Tuch an den Nähten ein wenig abgeschabt war, und hohe, glänzende Stiefel. Sein feines, bleiches und hochmütiges Gesicht war von der Kälte gerötet.

„Am Kleinen Wlasewski-Pereulok wird geschossen“, sagte er. „Ich komme soeben vom deutschen Generalkonsulat. — Es scheint ein neuer Putzversuch unternommen zu sein. Eine Anzahl von Verhaftungen ist vorgenommen worden. Auch Engländer und Serben, wie ich hörte.“

„Die Serben sind eine unruhige Gesellschaft“, meinte Suwalkoff. Er sah den Fürsten nicht an. Er mußte, daß er dieses bleiche, müde und hochmütige Gesicht hatte und daß er heute wie damals die Faust in der Tasche ballen mußte, um seinen Anblick zu ertragen.

Volkonski versuchte ein lebenswürdiges Lächeln. „Wollen Sie zum Kongreß, Sergej Alexandrowitsch?“

„Vielleicht.“

In der Nacht zum 26. August v. J. brach S. in die Wohnung der Lehrerin Pelagia Kobodjanska in Kozimierzepo, Kr. Schubin, ein. Der Lehrerin und deren Mutter hand er die Beine zusammen, verlangte unter Todesdrohungen die Angabe, wo ihr Geld wäre, nahm es heraus, raubte dann, was ihm merkwürdig genug erschien, und reichte es einem Komplizen durch das Fenster heraus. Dann verging er sich zweimal schwer an der Lehrerin und verschwand.

Einen ähnlichen Raubüberfall verübte er am 8. September v. J. auf eine Frau Franziska Kowalska in Miaslowice, Kr. Znin, wo er Wäsche und Kleider raubte. Eine wirtschaftlich schwerwiegende Folge hatte der erste Überfall für die Lehrerin. Sie wurde, da man ihren Angaben keinen Glauben schenkte, aus dem Amt entlassen und befindet sich in bedrängter Lage in Bromberg, wohin sie mit ihrer kranken Mutter übergesiedelt ist.

X. Noch eine Person in Posen verschwunden. Am Montag dem 16. d. Ms. hat der Große Gerberstraße 23 wohnhaft gewesene 23 Jahre alte stud. jur. Leon Kustos aus Oberschlesien in der angeblichen Absicht, in der Badeanstalt am Schwabthore ein Bad zu nehmen, seine Wohnung verlassen und ist bisher nicht wieder zurückgekehrt. Am darauffolgenden Tage wurde auf einer Wiese am Gerberdamm sein Gummimantel und eine Aktentasche mit 3,60 Zł Inhalt vorgefunden. Ob ein Selbstmord, Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt, darüber lassen sich einstweilen nur Vermutungen anstellen. Der Verschwundene ist 1,73 Meter groß, hat blondes Haar und gesunde Gesichtsfarbe. Mittelsungen über den Verbleib des Vermissten werden an die Kriminalpolizei erbeten.

Optantengespräche.

Herr A.: Ihre Ausführungen über Wohnsituationen gehen mir immer noch im Kopf herum. Da ja für Wohnsituationen der Augenblick des Anfangs dieses Wohnsitzes von großer Bedeutung zu sein scheint, müssen Sie mir einmal auseinanderlegen, wie man eigentlich seinen Wohnsitz begründet.

Herr B.: Zunächst müssen Sie einmal streng zwischen Wohnsitz und Aufenthalt unterscheiden. Sie können einen Wohnsitz begründet haben, ohne jedoch Aufenthalt an dem Ort dieses Wohnsitzes zu haben. Es handelt sich bei diesen beiden Bezeichnungen um rein rechtliche Begriffe, die der Laie schwer verstehen kann. Wenn Sie zum Beispiel im November 1907 hierher nach Posen gekommen sind, sich hier ein Grundstück gekauft haben, das Sie als einen materiellen Kaufvertrag abgeschlossen und gegebenenfalls auch bereits eine Anzahlung geleistet haben, so haben Sie durch diese Handlung bereits Ihren Wohnsitz begründet. Wenn Sie nun von November 1907 bis Mitte Dezember 1907 auf diesem Grundstück gewohnt haben, so haben Sie während dieser kurzen Zeit Aufenthalt auf dem Grundstück gehabt. Reisen Sie Mitte Dezember 1907 nach Rußland, um Ihre Familie abzuholen, so haben Sie Ihren Aufenthalt auf Ihrem Grundstück beendet. Ihr Wohnsitz haben Sie aber nicht aufgegeben, da ja aus Ihrem Verhalten die Absicht der Rückkehr hervorgeht und es sich um kein Abwandern handelt. Aus der Tatsache, daß Sie zum Beispiel Ihre Familie auf das gekaufte Grundstück nach Posen holen wollen, ergibt sich der Beweis, daß Sie das Grundstück gekauft haben, um auf diesem „Ihre Lebenszwecke zu verwirklichen“, wie der Wiener Vertrag sich ausdrückt. Wenn Sie mit Ihrer Familie auch erst im Mai 1908 das angekaufte Grundstück beziehen, so rechnet die Begründung des Wohnsitzes bereits vom November 1907 an. Haben Sie nun verstanden, was man unter Aufenthalt und unter Wohnsitz versteht?

Herr A.: Ich glaube ja. Zum Beweise dafür werde ich Ihnen eine Frage stellen. Wenn die Frage berechtigt und nicht ganz dumm ist, werden Sie es dann glauben, daß ich es verstanden habe?

Herr B.: Gewiß! Es gibt kluge und dumme Fragen. Wenn Sie mir eine kluge Frage stellen, werde ich mit Freude antworten. Ihre Erklärung war klar und verständlich. Wie lautet also die Frage?

Herr A.: Wie steht es nun, wenn ich in Deutschland ein Grundstück besaß und hier in Posen mir auch ein Grundstück kaufte? Könnte ich trotzdem auch in Posen meinen Wohnsitz begründen?

Herr B.: Die Frage war klug. Sie ist dahin zu beantworten, daß gemäß Art. 5, Abs. 1 des Wiener Vertrages ein doppelter Wohnsitz begründet werden kann. Für den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit ist es gleichgültig, ob man schon in einem anderen Gebiet bereits seinen Wohnsitz hatte. Grundlegendes Erfordernis ist es nur, daß man in der Heimat der jetzigen Republik Polen außerhalb tatsächlicher Wohnsitz begründet hat.

Es klang mürrisch. Volkonski zuckte die Achseln und griff mit weltmännischer Grazie von neuem an die Mütze. Suwalkoff sah die erhobene Hand und einen Streifen hellen, tropfenden Rot über der schmalen, weißen Man schette.

Er sagte lebhafter als zuvor:

„Sie bluten ja, Alexander Gregorowitsch!“

Volkonski lachte.

„Eine Schramme!“ meinte er wegworfend. „Ich bin heute ein bißchen unvorsichtig gewesen. Mit der Nähe der Feuerlinie ist schließlich nicht zu spaßen, und wenn es sich auch nur um einen Putz in Moskau handelt.“

Er bemühte sich, aus Suwalkoffs Nähe fortzukommen.

„Auf Wiedersehen, Sergej Alexandrowitsch. Bis Vergnügen! Boris ist heute abend übrigens in der Ermitage. Ich sollte es Ihnen bestellen. Vielleicht suchen Sie ihn auf, wenn Sie Zeit und Lust haben.“

„Vielleicht —“ meinte Suwalkoff lakonisch.

Er warf einen kurzen Blick auf den Mantel des Fürsten, der ein wenig hartig die breite, teppichbelegte Marmortreppe hinaufstieg. Er sah, daß der Mantel feucht und lehmig war und daß Volkonskis glänzende Stiefel an der Seite breite Schmutzstreifen aufwiesen.

Ein jäher Verdacht durchquerte ihn. — Er mußte, daß Volkonski enge, ängstlich verborgene Verbindungen zu gewissen Kreisen des reaktionären Bürgertums unterhielt, wissen Kreisen, daß er sich heute zur Zeit des War es ein Zufall gewesen, daß der Kleine Wlasewski-Pereulok besunden Putzversuch auf dem Kleinen Wlasewski-Pereulok besunden hatte? Suwalkoff preßte die Lippen hart aufeinander.

„Es geht mich nichts an“, dachte er. „Es darf mich nichts angehen. Ich hasse den Mann. Aber ich muß meine Hände rein halten. Marja Petrowna liebt Alexander Gregorowitsch seit ihrer Kindheit. Ich weiß es längst. Ich weiß es seit jenem Tage, an dem ich in Petrows hinter der Parkmauer lag und Marja Petrowna sich von Alexander Gregorowitsch küssen ließ. Ich habe zu niemand davon gesprochen. Nicht einmal zu Boris. Boris hat genug an seinen eigenen Sorgen.“

(Fortsetzung folgt.)

ਘੁਰ ਨਾਮ. 1000 ਥੀ. in 3000 :

Marktverlauf bezieht.

Die Wege der Größten.

Es gewährt einen eigenen Reiz, Lebensgeschichten zu studieren und die Wege zu beobachten, die die Menschen geführt werden, bis sie dahin kommen, wohin sie Gott haben will. Seltsam genug! Nur wenigen wahrhaft großen Menschen ist es vergönnt, auf ebenen und glatten Wegen durch das Leben zu gehen und spielend ihre Ziele zu erreichen und ihren gottgegebenen Beruf zu erfüllen. Die meisten haben schwere Lebensführungen zu verzeichnen. Die Geschichte weiß von nicht wenigen Denkern, Erfindern, Entdeckern, Dichtern, die der Menschheit Gaben von unermesslichem Werte geschenkt haben, und die bei ihren Lebzeiten verkannt, gering geschätzt, von ihren Zeitgenossen bekämpft, viel in bitterster wirtschaftlicher Not gestanden haben, und so fast verhungert sind. Es muß wohl zur vollen Größe eines Menschen gehören, auch im Leiden bewährt gefunden zu werden, es würde an ihrem Bilde das Beste fehlen, wenn ihm dieser Zug erspart geblieben wäre.

Jesus hat es gewußt, daß je und je in der Geschichte auch seines Volkes der „Gerechte viel leiden“ mußte, er hat an das ungerecht vergossene Blut eines Zacharias, des Sohnes Berechias erinnert, den die Juden getötet hatten zwischen Tempel und Altar; er hat an das Schicksal des Jeremias und des Jonas gedacht, und in diesen Männern die Fußspure seines eigenen Schicksals gesehen. Ja, ihm hat der Vater das Kreuz am Ende seiner Wege in unverhüllter Schrecklichkeit gezeigt... und doch ist er ihm nicht aus dem Wege gegangen... „Sehet, wir gehen hinauf gen Jerusalem!“

Wir folgen in diesen Wochen den Spuren der Leidenswege Jesu. Die oberflächliche Welt mag im Leiden eine Gottverlassenheit sehen und mit den Freunden Hiobs an seiner Schwere die Schwere einer vermeintlichen Schuld messen. Wer tiefer sieht, weiß, daß Leiden zur Lebensvollendung gehört. Nicht die kleinen Geister, nur die Größten führt Gott Wege einer heiligen Passion.

D. Blau-Posen.

Die weitere Barmatuntersuchung.

Schiedsgerichtsgebühren und Wohnungsverschaffung

In der gestrigen Vernehmung wird als Zeuge zunächst General a. D. v. Livonius, Aufsichtsrat und Berater im Michael-Kongress, vernommen. Er befindet, daß anfänglich einer geschäftlichen Differenz zwischen Antisler und dem Michael-Kongress die Staatsbank als Schiedsrichter aufgetreten sei und Dr. Selwig und Dr. Mühe als Schiedsrichter fungiert hätten. Dann führte er aus: Antisler schlug zur Auslösung der Differenz ein Schiedsgericht durch Angehörige der Staatsbank vor. Nach anfänglicher Ablehnung wurde die Staatsbank schließlich als Schiedsrichter anerkannt. Während oder vor dem Schiedsgericht ist von einer Honorierung der Schiedsrichter nicht die Rede gewesen. Aber jeder, der im Wirtschaftsleben steht, weiß, daß Schiedsgerichte honoriert werden, und zwar verhältnismäßig hoch. Nach dem Schiedsgericht beauftragte Michael mich, die Frage der Schiedsgerichtsgebühren zu regeln. Ich wies die Herren Dr. Selwig und Dr. Mühe, die eine Forderung nicht stellen wollten, darauf hin, daß Gebühren berechnungsfähig seien. Sie möchten den Präsidenten fragen. Er erwiderte, der Präsident habe schon nach den Gebühren gefragt. Die Staatsbank war also mit einem Honorar einverstanden. Ich habe dann Herrn Michael den Satz von 20.000 Mark für jeden Herrn vorgeschlagen. Bei dem recht hohen Objekt hätten sich bei genauer Ausrechnung ungefähr 56.000 Mark Gebühren ergeben, da es im Groß-Berlin üblich ist, in solchen Fällen dem Schiedsrichter die zwei- bis dreifachen Gebühren eines Anwalts in der Berufungsinstanz zu gewähren. Ich habe den Scheid der Herren überbracht, und damit war die Sache erledigt. Persönlich habe ich mich darüber geäußert, daß ich den beiden Herren, die ich als absolut korrekte und höchst ehrenhafte Persönlichkeiten seit Jahren kenne, einen rechtmäßigen Verdienst überbringen konnte. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, er habe an den Vorverhandlungen nicht teilgenommen, könne also nicht sagen, ob die Staatsbank als Institut zum Schiedsrichter gewählt wurde oder ob die Herren Mühe und Selwig persönlich um die Tätigkeit ersucht wurden. Staatsbankpräsident Schröder erklärte dazu, die Staatsbank als Institut sei nach seiner Erinnerung niemals um eine Schiedsrichterliche Tätigkeit angegangen worden.

Knabe oder Mädchen?

Prof. Sellheim-Salle spricht in Berlin. — Nachweisbarkeit des Krebses.

(Bericht unseres Berliner Mitarbeiters.)

Auf Einladung der Berliner Gesellschaft für Sexualwissenschaft sprach der bekannte Professor an der Universität Halle, Dr. Sellheim, im Hörsaal des zweiten Medizinischen Klinik der Charité über „Bestimmung des Geschlechts des im Mutterleib getragenen Kindes“. Nach einer kurzen Begrüßung der überaus zahlreichen Zuhörer durch den Vorsitzenden der Gesellschaft, Dr. Sellheim, begann der Vortrag. Professor Sellheim sprach das Wort zu seinen Verehrern, die er durch zahlreiche Lichtbilder erläuterte, und in dem er eine folgende ausführte:

Die Unterfindung des Blutes und Erkennung der mit und in ihm vorgehenden Veränderungen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Medizin. Wenn eine Umorganisation im menschlichen Körper vor sich geht, so auch die Neubildung eines Kindes, dann gehen im Blut Veränderungen vor sich, die eigenartige Stoffe, sogenannte Spaltprodukte, entstehen, die aus dem sonstigen Organismus herausfallen. Diese Produkte können wir heute nachweisen. Abderhalden, der berühmte Gelehrte, hat die erste, der zuerst diesen Nachweis führte, durch die sogenannte Abderhaldensche Reaktion. Der Vortragende ging dann eingehend auf dieses Verfahren ein, das ja allgemein bekannt ist, und bei dem durch das Dialysierverfahren das Blutserum positiv (männlich) oder negativ (weiblich) ausfällt, das heißt, sich blau färbt oder farblos bleibt, wodurch bei einer schwangeren Frau nachgewiesen werden kann, welchen Geschlechts das zu erwartende Kind ist.

Abderhalden hatte bei seinen Versuchen eine Wahrscheinlichkeit von 78 Prozent erzielt, das System wies aber manche Fehler auf, auch war der Prozentsatz der Gewißheit zu gering, und so hatte man die Abderhaldensche Reaktion langsam begraben wollen, aber nun soll sie zu neuem Leben erweckt, ja sogar verallgemeinert werden. Dies ist den beiden Mitarbeitern, Professor Sellheim, den Herren Dr. Lüdtke und von Mera, durch die Alkohol-Reaktion gelungen. Sie setzten dem Serumsubstratengemisch 98prozentigen Alkohol bei, wodurch die zur Erkenntnis unbrauchbaren Eiweißstoffe ausgeschieden werden, während die sämtlichen Spaltprodukte in Lösung aufgehen. In selbstbestimmter Weise bezeichnete der Vortragende die Tat seiner beiden Assistenten als ein Ei des Kolumbus! Die Abderhaldensche Reaktion ist vereinfacht und verfeinert durch die Total-

General v. Livonius erklärt auf weitere Fragen, er habe erst in allerletzter Zeit erfahren, daß die beiden Herren außerdem von Antisler ein Honorar von 12.000 Mark erhalten hätten.

Vorsitzender Dr. Selwig: Haben die Herren nicht Bedenken wegen der Höhe des Honorars geäußert?

Zeuge: Herr Mühe meinte wohl, das sei doch sehr viel. Er sagte das so, als wenn man einer Dame schöne Blumen schenkt und sie meint dann, das wäre doch zu kostbar.

Vorsitzender: Aber sie nimmt sie doch.

Zeuge: Jawohl. (Heiterkeit.) Der Zeuge äußert weiter, daß als Vorarbeit für den Schiedspruch Unterbeamte der Staatsbank umfangreiche Berechnungen angestellt hätten.

Staatsbankpräsident Schröder erklärt dazu, er erfahre jetzt erst von dieser Inanspruchnahme der Unterbeamten und werde nähere Erkundigungen einziehen.

Abg. Diel (Ztr.) betont, es sei auffällig, daß die Staatsbank, die an dem Streitfall Michael-Antisler durchaus desinteressiert war, die Durchführung des Schiedspruches dadurch erleichterte, daß sie den bekannten Wechsel über eine Million diskontierte.

Stadtsekretär Thieme, der nächste Zeuge, war im vorigen Jahre beim Wohnungsamt Charlottenburg tätig. Er hat einen vorläufigen Wohnungsberechtigungschein für Henry Barmat ausgestellt, weil er glaubte, daß die Sache eine ungewöhnliche, nicht schematische Erledigung fände. Es habe sich um Abweichung von der regelmäßigen Übung gehandelt, da die sonst erforderlichen Unterlagen noch fehlten. Die Einverständniserklärung wäre nur vorläufig gewesen, damit die Parteien sich hätten einigen können. Die zweite endgültige Genehmigungsbefreiung sei noch nicht erfolgt, aber Barmat habe die erste schon als endgültige angesehen und sei in die Wohnung eingezogen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 27. Februar.

Die Umrechnung der Verpflichtungen der Selbstverwaltungverbände und ihrer Obligationen.

Der Staatspräsident hat unterm 27. Dezember v. J. eine die Umrechnung der Verpflichtungen der Selbstverwaltungsverbände und ihrer Obligationen regelnde wichtige Verordnung erlassen.

Danach werden die durch die Selbstverwaltungsverbände herausgegebenen Obligationen (teilweise Schuldverschreibungen), die hypothetisch gesichert sind wie die nichtgesicherten, nach dem Maß umgerechnet, das im § 5, Abs. 1 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 14. 5. 1924 über die Umrechnung der privatrechtlichen Verpflichtungen vorgehoben ist, wobei das Umrechnungsmaß angewandt wird, das an dem Orte gilt, wo die Verwaltung des Verbandes, die die Obligationen emittiert hat, ihren Sitz hat. Für die Wojewodschaften Posen, Pommerellen und den oberschlesischen Teil der Wojewodschaft Schlesiens gelten 15 Prozent. Die Forderung, die auf rückständige Kupons wie auf solche Kupons, deren Fälligkeit vor dem Termin eintritt, von dem ab die Verzinsung der umgerechneten Schuld laufen wird, entfällt, wird nicht geltend gemacht als eine im Umrechnungsmaß der Hauptschuld (Kapitalschuld) berücksichtigte Forderung. Bis zum Jahre 1913 einschließlich ausgetragene Obligationen zusammen mit den Kupons werden nach dem im § 41 der Verordnung vom 14. 5. 1924 angegebenen Verhältnis umgerechnet. Die nach dem Jahre 1913 ausgetragenen, aber nicht zur Zahlung vorgelegten Obligationen werden ebenso wie die nichtausgetragenen behandelt. Bis zur Höhe der umgerechneten Summe, die für jede Emission von Obligationen besonders berechnet wird, gibt der Selbstverwaltungsverband auf Grund eines neuen Tilgungsplanes Obligationen mit Kupons heraus, die von den im Konvertierungsplan angegebenen Daten laufen, jedoch nicht später als vom 1. 7. 1925 ab. Frühere Obligationen werden in neuere umgetauscht mit derselben Verzinsung, mit einer Tilgungsfrist, die nicht länger ist als fünfzig Jahre. Bei der Konvertierung wird entsprechend der § 12, Abs. 2 der Aufwertungsverordnung angewandt. Die Grundlage der Umrechnung der Emissionen wird ihr Wert an dem amtlich angegebenen Datum des Substitutionsabschlusses und in Fällen, wo die öffentliche Subskription nicht veröffentlicht war, am Datum der Veröffentlichung über die Emission der Obligationen sein. Der Konvertierungsplan muß dem Finanzminister oder dem durch ihn bestimmten Kommissar zur Bestätigung vorgelegt werden. Der Finanzminister ist ermächtigt, besondere Bestimmungen über die Durchführung der Konvertierung und ihre Beaufsichtigung herauszugeben.

Die durch die Selbstverwaltungsverbände bei Kreditinstitutionen aufgenommenen Anleihen, die die Grundlage der durch diese Institutionen emittierten Obligationen sind, werden — ohne Rücksicht darauf, ob sie hypothetisch gesichert sind oder nicht — nach dem im Art. 5, Abs. 1 der Aufwertungsverordnung über die Umrechnung der privatrechtlichen Verpflichtungen vorgehobenen Maß umgerechnet, wobei das an dem Ort geltende Umrechnungsmaß angewandt wird, wo die Verwaltung des Verbandes ihren Sitz hat, der die Anleihe aufgenommen hat. Die rückständigen

Extraktion, und nun kann man hoffen, unendlich mehr zu leisten. Auch die Untersuchung selbst dauert nur 12 statt 24 Stunden bei Abderhalden, was bei Fällen, in denen Todesgefahr besteht, von weittragender Bedeutung ist. Statt 78 Prozent kann man jetzt mit 99 Prozent Wahrscheinlichkeit rechnen, also mit absoluter Präzision.

Das uralte Problem der Voraussage des Geschlechtes bei neugeborenen Kindern wird dadurch neuen Zielen entgegengeführt. Die Mutter-Kind-Beziehungen kannte man von jeher, die Kind-Mutter-Beziehungen aber sind neu. Das Geschlecht eines männlichen Kindes ist ein Fremdkörper im Mutterleib und übt daher eine Reaktion aus. Bei geschlechtsverschiedenen Zwillingen kämpfen beide Embryonen um die Vorherrschaft, meist siegt der männliche, ist aber der weibliche stärker, dann wird der Knabe ein Weibchen, oft mit femininem Einschlag. Bei einer Schwangeren wachsen alle in der Umgebung des Kindes liegenden Organismen der Mutter, bei der eine Verjüngung eintritt. Interessant ist auch die Entdeckung, daß ein Mann ein Mann wird, weil der Gesamtorganismus des Kindes männliche Tendenz besitzt.

Durch das neue Verfahren ist aber nicht nur die Geschlechtsverursachung der Embryonen möglich, weit wichtigere Dinge werden berührt. Die Erkennung entretender Paralyse, die Feststellung, ob eine Frau sich in den Wechseljahren befindet, der Nachweis verborgener Fleisches ist möglich. In der Hauptsache aber ein Problem, das alle Menschen interessiert: Die Nachweisbarkeit des Krebses! Die Diagnose zu dieser Erkenntnis ist nicht nur erleichtert, die alte Mär von der Unheilbarkeit dieser schrecklichsten Krankheit ist dahin. Wird Krebs frühzeitig entdeckt, dann ist er zu heilen, und mit der Sellheim'schen Methode ist er im frühesten Stadium nachzuweisen. Dies ist wohl das Wertvollste des neuen Verfahrens.

Zum Schluß bemerkt der Vortragende noch, daß das Verfahren durchaus nicht abgeschlossen, sondern noch weiter auszubauen sei, und daß er hoffe, durch weitere Untersuchung des Lebenslaufes neue Einsichten in die Lebenswerkstatt des Menschen zu tun und noch manche bisher verschommenen Begriffe präziser zu erkennen. Bemerkenswert ist noch, daß die Lichtbilder mittels eines von der Firma Zeiss neu konstruierten Apparates projiziert wurden, der es ermöglicht, die diapositive Darstellung ohne Verbundung des Raumes vorzunehmen, so daß der Boden des Vortragenden niemals abzureißen braucht.

Zinsen, die für die Zeit bis zum Termin, von dem ab die Verzinsung der umgerechneten Schuld laufen wird, nicht verzinst sind, werden zum Kapital hinzugezählt und mit ihm zusammen umgerechnet. Die Vorschriften des § 7, Abs. 1, 3 und 4, sowie des § 8 der Aufwertungsverordnung werden entsprechend auf Anleihen angewandt, von denen im § 5 die Rede ist. Die Umrechnung von Obligationen, die auf den Anleihen bzw. auf den sie sichernden Hypotheken lasten, erfolgt gemäß den Bestimmungen der §§ 12 bis 15 der Aufwertungsverordnung ohne Rücksicht darauf, ob sie durch den Staatschatz garantiert sind oder nicht.

Obligationen, die durch einen ausländischen Stempel gestempelt sind, der ihre Zugehörigkeit zu Bürgern fremder Staaten bestätigt, und auf die sich die Bestimmungen des § 43 der Aufwertungsverordnung beziehen, werden in dem Verhältnis umgerechnet, das sich aus der Anwendung dieser Bestimmungen ergibt.

s. Todesfälle. Möblich gestorben ist am 25. d. Mts. Ladeusz Wagonier, Besitzer des Rittergutes Rzeczka bei Kruszwitz. Am demselben Tage starb in Posen Stanislaw Trznawski im Alter von 78 Jahren, Vizedirektor der Versicherungsbank „Beska“, und in ihr über 50 Jahre tätig. Am gleichen Tage starb plötzlich im Alter von 50 Jahren der Prosist in Kriewen, Franciszek Gonczewicz.

Die Bank Krolecki Potocki i. Ska. Sp. Akc. Poznan bittet uns um die Veröffentlichung folgender Erklärung: Zu letzter Zeit erschien in verschiedenen Blättern eine Mitteilung, nach der die Bank Krolecki Potocki i. Ska. Sp. Akc. größere Verluste erlitten hat an Geschäften, die sie mit der Firma Adler in Sosnowiec getätigt haben sollte. Wir erklären hierdurch ausdrücklich, daß unsere Bank, sowohl die Zentrale als auch ihre Filialen, niemals mit der Firma Adler-Sosnowiec in Geschäftsverbindungen gestanden hat und deshalb auch keine Verluste erlitten haben konnte.

Über die Zurückstellung Militärdienstpflichtiger bittet uns das Starostwo Grodzkie folgendes mitzuteilen: Der Vorsitzende der Musterungskommission für die Stadt Posen teilt im Zusammenhang mit dem Zutritt zum Heeres das allgemeine Militärdienstpflicht und der bevorstehenden Einziehung des Jahrgangs 1904, sowie älterer Jahrgänge, die kraft des vorläufigen Gesetzes Aufschub erhielten, mit, daß die interessierten Personen, die Erleichterungen und Aufschub im Sinne der Artikel 53 bis 57 des Gesetzes genießen wollen, sich um die nötigen Papiere bemühen müssen, um sie der Musterungskommission vorzulegen. 1. Studenten und Schüler von mittleren Schulen, die Aufschub genießen wollen, müssen am Tage der Musterung der Musterungskommission einen schriftlichen Aufschubantrag vorlegen und eine Bescheinigung der betreffenden Behörde, daß sie Schüler bzw. Schüler für das Schuljahr 1925 sind. Diejenigen, die das Recht anberaubungsjährigen Militärdienstes genießen, müssen außerdem der Kommission ein Gesuch um die Zuerkennung des Rechtes anberaubungsjährigen Militärdienstes vorlegen, wobei Geburtsurkunde, Reise- und Führungszeugnis beizufügen sind. 2. Lehrlinge, die Militärdienstauschub genießen wollen, müssen der Kommission einen Antrag auf Aufschub des Militärdienstes und eine Bescheinigung der betreffenden Handwerks- oder Handelskammer darüber vorlegen, daß sie Lehrlinge des betreffenden Handwerks oder Handels sind. 3. Andere Personen, die alleinige Ernährere ihrer Eltern oder jüngerer Geschwister sind, können schon jetzt einen Antrag stellen auf Militärdienstauschub auf Grund des Artikels 53 a des Gesetzes über die allgemeine Militärdienstpflicht unter Beifügung folgender Papiere: Attest des Kreisarztes für arbeitsuntaugliche Personen weiblichen Geschlechts im Alter von 17 bis 60 Jahren (Personen männlichen Geschlechts, die arbeitsunfähig sind, im Alter von 17 bis 60 Jahren stellen sich mit dem Musterungspflichtigen der Musterungskommission), Bescheinigung des Finanzamtes über den Vermögens- bzw. Erwerbsstand für jedes reklamierte Familienmitglied gefordert. Anträge, die nach Beendigung der Musterung einlaufen, werden im Sinne des Artikels 59 des Gesetzes über die allgemeine Militärdienstpflicht zurückgewiesen.

s. Vom Wetter. Heute, Freitag, früh stand das Thermometer auf Null.

s. Osirowo, 26. Februar. Ein blutiges Drama hat sich gestern nachmittags hier abgespielt. Im Hause ul. Raszowskiej 20 wohnt ein gewisser Marek Jenger. Da er die Miete nicht zahlte, hat ihm der Wirt einen Mitbewohner zugewiesen. Die Wohnung sollte durch eine Bretterwand getrennt werden. Als der neue Mieter, Jan Ampula, mit dem Aufbau der Wand beschäftigt war, schob Jenger auf Ampula und tötete ihn auf der Stelle. Außerdem verletzte er durch weitere Schüsse schwer die Brüder Józef und Ignac Raszprzak, die dem Ampula bei der Arbeit helfen sollten.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Sthra; für Stadt und Land: Rudolf Gerbrechtsmeier; für Handel, Wirtschaft, den unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Sthra; für den Anzeigenenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt“, Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.



Kaufst Du immer Trelleborg, Hast Du nimmer Stiefelsorg.

Wem machen nicht die ständig anwachsenden Ausgaben Sorge?

Wenigstens eine Sorge wird Ihnen erspart durch Trelleborgs aufklebbare Gummisohlen, denn diese überleben 3—4 Ledersohlen.

Beim Aufkleben dieser Sohlen werden also jedesmal 12.— zł und mehr gespart. Ausserdem wirken sie elegant, sind wasserdicht, nehmen keinen Schmutz mit und gleiten selbst nicht auf Glätteis, auf Grund der besonderen Zusammensetzung des Materials. Besitzen weiter genau dasselbe Aussehen wie Ledersohlen, sind sehr leicht aufzukleben, wenn gewünscht, auch durch Ihren Schuhmacher, und sitzen ohne Gebrauch von schädlichen Nägeln unbedingt fest.

Mit Trelleborg können Sie Galoschen, Turnschuhe und sämtliche Schuhe tadellos besohlen!

Kaufte gleich und spare Geld!

Preis per Paar 2.75. 3.—, 3.25 zł für Kinder, Damen und Herren!

Trelleborgs Gummisohlen und -Absätze sind in allen einschl. Geschäften erhältlich. SZWEDPOL, Bydgoszcz General-Vertretung f. Polen, Unj Lubelskiej 14a.

Es sollen also zwei interalliierte Konferenzen einander in kurzen Abständen folgen. Die Initiative wird, nach den hiesigen Blättern, hierbei beide Male von England ausgehen, und zwar soll diese, wie der „Temps“ aus Brüssel erfährt, höchst wahrscheinlich unmittelbar nach Ausgange der geplanten Konferenz.

Die Familie des Reichspräsidenten wurde in den gefährlichen Nachstunden von der Verschlimmerung des Befindens des Kranken unterrichtet. Frau Ebert und ihre Kinder sind darauf in das Desinfektorium geeilt und haben die Nacht am Krankenlager des Reichspräsidenten verbracht. Trotz der neuerdings eingetretenen Besserung ist der Zustand außerordentlich ernst. Es besteht noch wie vor Lebensgefahr.

Die türkische Regierung ist nunmehr ihren orthodoxen Staatsangehörigen soweit entgegengekommen, daß sie zunächst folgende Regelung für die Patriarchatsfrage getroffen hat:

Alle dem Austausch unterworfenen Metropoliten werden bis zur Neuwahl eines dem Austausch nicht unterworfenen Patriarchen nicht ausgewiesen. Erst nachdem ein neuer, nicht auszuwechselnder Patriarch gewählt ist, werden alle Metropoliten, die den Austauschbedingungen unterliegen, allmählich ausgetauscht und durch andere nicht auszuwechselnde Personen ersetzt.

Es ist sehr bedauerlich, daß man sich in Berlin nicht
diese französische Propaganda-Offensive offe-
bar völlig hat überlassen lassen. Wenn nach Be-
öffentlichung des Kontrollberichts die deutschen Regendarstellungen
hinterherhinken, so ist es an sich. Darüber sollten sich die

Eine Erklärung Chamberlains im Unterhause.

Nach einer weiteren Meldung sagte Chamberlain: „Ich kann jetzt nur erkennen, daß das Ziel der Alliierten darin besteht, eine Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erlangen, von denen dieser Vertrag ausdrücklich die Ermächtigung der Besatzungszeit der Kölner Zone abhängig macht. Wenn dem so ist, so würde eine geeignete oder überhaupt irgendwelche Veröffentlichung davon abhängig sein müssen, ob sie der Erfüllung der Wünsche der Alliierten und ihren direkten Forderungen, und daher auch der Räumung der Kölner Zone eine Erleichterung gewährt.“

französischen Stellen doch im Klaren sein. Einstweilen jedenfalls drücken sämtliche amerikanischen Blätter die französischen Berichte ab, während der deutsche Standpunkt nirgends vertreten wird. Die hiesigen Freunde Deutschlands sind erstaunt über die Hisslosigkeit, mit der man in Berlin diese Situation anscheinend gegenübersteht. Mit einer gehörigen Dosis Unternehmungsgewiss wäre mancher Schaden zu verhüten. Allerdings muß vor dem Auslande rasch gehandelt werden."

Der Provinzialausschuß der westfälischen Zentrumsparlei steht mit Schmerz und Entrüstung vor der Thatfache, daß die zwei Abgeordneten der Zentrumsparlei, die dem westfälischen Wahlkreis angehören, schwer belastet werden. Der Abgeordnete Böhle hat sein Mandat niedergelegt. Das Urtheil über ihn und seine Handlungen wird nach Abschluß der gerichtlichen Untersuchung durch den Reichsbund der deutschen Zentrumsparlei zu fällen sein. Der Abgeordnete Lange-Hegemann hat der wiederholten Aufforderung, sein Mandat niederzulegen, nicht entsprochen und in der Zwischenseit den Austritt aus der Fraktion und der Partei erklärt. Der Provinzialausschuß muß, ohne heute auf die Schulfrage eingehen, auf das Bestimmteste erwarten, daß er sein Mandat sofort niederlegt. Der Provinzialausschuß weiß, daß der Vorstand der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages sofort und von sich aus alle Schritte unternommen hat, die dieser schmerzlichen Angelegenheit getan werden mußten. Wir sind der festen Überzeugung, daß der Vorstand der Deutschen Zentrumsparlei sofort und ohne Rücksichtnahme den Ausschuß von Männern vornimmt, denen irgendwelche Vergehen nachgewiesen sind, die mit den Grundsätzen der Deutschen Zentrumsparlei nicht vereinbar sind.

Erler, 28. Februar. Nach Meldungen aus Saarbrücken werden im Saarstaat deutsche Lehrer als Sprachlehrer an die französischen Mittelschulen des Elsass gesucht. In den zahlreichen Lehrkräften zugegangenen Einladungen der elsässischen Schulbehörden werden Dienstverträge auf fünf Jahre angeboten.

Die Morganbank verschifft gestern an Deutschland 2 500 000 Golddollar als Ergänzung für die 50-Millionen-Verschiffung, die im December für die Reichsbank begonnen hat. Amerika exportierte weitere 500 000 Golddollar gleichzeitig nach Indien und 100 000 Golddollar nach Venezuela.

Schiverin, 26. Februar. Hier starb im 71. Lebensjahre der Admiral Guido von Liseodon. Er war der deutsche Offizier, der bei der Expedition nach Ostafrika auf den Ruf des englischen Admirals The Germans to the Front seinen tapferen Truppen voransteuerte. Im Weltkriege verteidigte er die türkische Meeresgrenzen gegen das Eindringen der englisch-französischen Flotten.

Berlin, 27. Februar. Die kommunistische Partei Deutschlands beschloß, sich an der Gedächtnisfeier der Kriegsoffer am 1. März nicht zu beteiligen. Das deutsche Proletariat stehe an der Seite dieser kapitalistischen Erinnerungsfeier und fordere vorher Garantien gegen eine Wiederkehr kapitalistischer Kriege, ferner die Erklärung aller Kriegsteilnehmer zu Staatsrentnern.

Auf dem Untergrundbahnhof Friedrichstadt warf sich gestern abend gegen 11 Uhr ein etwa 20jähriger junger Mann vor einen einfahrenden Zug. Zwei Wagen gingen über den Lebensmüde hinweg. Die Feuerwehr mußte den Zug auseinanderklopfen, um den Verunglückten zu befreien. Ihm waren beide Beine abgefahren. Der Vorfall verursachte eine Verkehrsstörung von etwa 20 Minuten.

Bochum, 27. Februar. In 11 Bergarbeiterversammlungen des geizrigen Tages wurde der vom Reichsarbeitsminister am 21. Februar für verbindlich erklärte Schiedsspruch erneut abgelehnt. In Bergarbeiterkreisen herrscht große Erregung. Mehrere Versammlungen beschlossen die Verweigerung der Arbeit.

Berlin, 27. Februar. Die Ausführungen Dr. Martz' auf der Tagung des weisfälligen Provinzialausschusses des Zentrums, sind sich besonders gegen die Deutschnationalen richten, bilden gegenwärtig den Gegenstand lebhafter Erörterungen, da man bestimmt die Absichten des Zentrumsführers zu erkennen glaubt. Aus den Stimmen der Zentrumspreffe ist heute deutlich herauszulesen, daß Martz' Mission in Preußen von ganz besonderer Bedeutung sei. Offenbar will das Zentrum Martz als Gegenspieler Stresemanns bereit halten. Wenn man den Versicherungen einflußreicher Zentrumsabgeordneter Glauben schenken darf, so verfolge das Zentrum durch seine Haltung in Preußen die Absicht, eine wiederlebendende Kabinett Martz im Reich den Weg zu bereiten.

Frankreichs Vorgehen in Marokko.

Säric, 27. Februar. Der Corriere della Ser
meldet aus Paris, daß über die Nordaone Französiſch-Marok

Genf, 27. Februar. Die heutigen Pariser Morgenblätter schreiben übereinstimmend, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland unmittelbar vor der Unterzeichnung eines Handelsprovisoriums stehen. Staatssekretär Trendelenburg, der von den Vertretern deutscher Zeitungen in Paris befragt wird, lehnt jede Erklärung ab; wie verlautet, werden sich Ende der Woche einige Mitglieder der deutschen Kommission wieder nach Berlin begeben.

Newport, 26. Februar. Der ehemalige amerikanische Botschafter in London, Kellogg, der hier eintraf, erklärte, Europa habe während des vergangenen Jahres große Fortschritte gemacht. Der Dampskrahn habe sehr viel zu der Stabilisierung der Währung beigetragen, und England werde bald wieder eine Währung auf Goldgrundlage haben. Nichts sei von größerer Bedeutung für die Amerikaner, als daß England und die ganze Welt zur Goldwährung über einem sonstigen Standard zurückkehren; nichts könne mehr zur Förderung des Handels und der Wirtschaft beitragen.

Gesf. 27. Februar. Eine Meldung der Sabasagentur von gestern abend heisst, dass der zwischen Paris und London stattfindende diplomatische Meinungsaustausch die Zuziehung der Deutschen zu den Verhandlungen über die Entwaffnung und die Räumung der Aelher Zone betrifft. Für Frankreich siehe es fest, dass Verhandlungen über Auslegung des Versailler Vertrages nur zwischen den Alliierten selbst zulässig seien.

Washington, 26. Februar. (D. N. Z.) Der Senat beschloß in der letzten Sitzung, die Gehälter der Kongreßmitglieder von 7500 auf 10 000 Dollar zu erhöhen. Daraus erwächst dem Lande eine Belastung von 1 382 000 Dollar, so daß außerhals des Kapitol's hier und dort die Hoffnung ausgedrückt wurde, der Präsident möchte sein Veto einlegen. Dieses Gehalt ist aber noch nicht alles, was die Mitglieder empfangen. Außerdem sind 1500 Dollar für den Sekretär ausgesetzt, ferner Vergütungen verschiedener Art und Reisevergütungen, die bei den aus dem Westen kommenden den Mitgliedern jährlich mehrere Hundert Dollar abwirft.

Rotterdam, 27. Februar. „Evening Times“ melden aus
Brüssel, der belgische Generalstab habe ein gesondertes Gutachten
an den Vorkommerrat in Paris gegeben, das sich mit der belgi-
schen Sicherheitsfrage am Rhein befaßt. Daß dieses Gutachten
die tünliche Verewigung der Rheinkontrolle verlange, könne man
mit ziemlicher Bestimmtheit nutmaßen.

Der Metallarbeiterstreik in Bielefeld hat eine Verschärfung erfahren. Auch alle kleineren Betriebe haben die Arbeiter ausgeperrt, so daß im ganzen rund 20 000 Metallarbeiter im Ausstand sind.

Geheimer Regierungsrat Dr. jur., Dr. med. und Dr.-Ing. Wilhelm Diebrecht ist in Hannover im Alter von fast 75 Jahren entschlafen. Diebrecht war Gründer und bis 1923 Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Hannover und des Landesvereins für Volkswirtschaft.

Das amerikanische Kreuzerflaggschiff *Guton* (13 680 Tonnen), ist in den asiatischen Gewässern in der Nähe der Palawaninseln (westlich der Philippinen) auf Grund gelaufen.

Der Danziger Senatspräsident Sahm hat sich nach Paris begeben, um mit der Reparationskommission über die Abtragung des von Danzig übernommenen Teils der deutschen Schulden zu verhandeln.

Reichsjustizminister Dr. Trendelenburg hat der Abordnung der Schenk-
Verteidiger erklärt, daß die besannten Abwehr-Maßnahmen
Dr. Niedner's der Einwirkung der Justizverwaltung nicht unterläge.

Der amerikanische Senator Medill Mc Cormick-Illinois, einer der erbittertesten Gegner des Völkerbundes und Verfechter der Idee der „hands off from Europe“ (Hände weg von Europa) ist gestorben.

Die fünf größten Stämmen der Bielefelder Metallindustrie, die befreit werden, haben die Niederlegung der Arbeit mit Entlassung ihrer gesamten Belegschaft beantwortet.

Der Expatriarch von Konstantinopel hat seine Würde niedergelegt damit der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei als beendet angesehen werden kann.

Gegen den sozialdemokratischen Stadtverordneten Hille in Dortmund ist unter dem Verdacht der Unterschlagung öffentlicher Gelder ein Verfahren eingeleitet.

Wachsender Aufstand in Kurdisten.

Konstantinopel, 27. Februar. Den letzten Berichten zufolge breitet sich der Aufstand in Arabien weiter aus. In den östlichen Vilajets wurde der Seigerungsstand erklärt. Eine türkische Flottille hat mehrere türkische Dörfer bombardiert. Die Aufständischen planen, einen der Söhne des Sultans Abdul Hamid zum König von Trifanten auszurufen.

Die Forderung der Rechte an Gerriot.

Genf, 28. Februar. Wie der Pariser „Temps“ meldet, haben am Mittwoch die drei Rechtsparteien der Kammer Herriot Forderungen hinsichtlich der französischen Sicherheitsfrage am Nieder überreicht. Von der Annahme der Forderungen wird das weitere Verhalten der Rechte in der Kammer abhängig gemacht.

Englische Reichskonferenz.

Rotterdam, 28. Februar. Weiter selbst: Eine Konferenz der Dominions über die auswärtigen Beziehungen und die Verteilung des Reiches ist zum 28. März nach London einberufen.

Die „Agencia Wschobnia“ meldet aus Paris: Der Oberste Landesverteidigungsstat, zu dem der Staatspräsident, die Minister des Innern und der Kriegsmarine, die Generäle der Armée, die Generale der Kavallerie und die hervorragendsten Generale gehören, befaßt sich mit einem Projekt des Kriegsministers Rollet betreffs der Umgestaltung des Heeres auf der Grundlage des Milizsystems.

Vor einer Regierungskrise in Lichedien?

(N. W.) In unterrichteten Kreisen in Prag wird da-
gerechnet, daß die gegenwärtige Regierungscoalition in kura-
Zeit zerfallen wird, aber ein Theil der Minister auf ihren Posten
bleiben soll. Der Gesundheitsminister Franke von der Volk-
partei und der Justizminister Dolansky werden zurücktreten, u-
an ihre Stelle werden höhere Beamte berufen werden. Ei-
solche Regierung wird im Parlament eine unbedeutende Mehr-
haben, so daß man sicherlich an Neuwahlen wird herantre-
müssen.

58 zwischen der ~~Pol~~ ul. Piekary 17 und Fr. Ratajczaka



Starogard (Pomorze)

Angelus

Eau de Cologne

Triple Extrakt



Starogard (Pomorze)

Die Geburt eines gesunden Töchterchens
zeigen in dankbarer Freude an

Hennecke von Plessen
Therese von Plessen,
geb. Gräfin Raczynska.

Langen-Trechow (Mecklenburg), 20. Februar 1925.

Dr. Glabisz, Poznań
Spezialarzt für Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten,

von der Reise zurück.

Sprechstunden 11-12^{1/2}, 5-6^{1/2}.

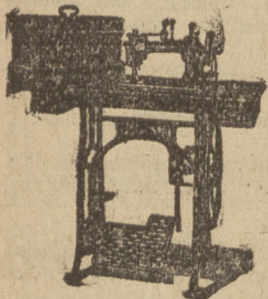
La Messing-Portièren-Garnituren

(1 Paar Träger mit Haken, Endknöpfen u. 10 Ringen)

Rein Messing	160 cm. Zl.	9.50
" "	180 " "	10.50
" " ausziehbar	250 " "	12.50
" " "	300 " "	16.50

Stores- und Zuggardinen-Stangen
Scheibengard.-Stangen, Rouleauschnur
Porzellan-Ringe, -Quasten, X-Haken
Hut- u. Mantelhaken, Kleiderleisten pp.
in großer Auswahl bei billigsten Preisen.

F. Peschke, Poznań, Sw. Marcin 21, Fernruf 3156.



Phönix u. Dürkopp

sind Perlen der Näh-

masch.-Technik, ebenso

Fahrräder und Zentrifugen

en gros, en détail, auch Teilzahlung!

In Ersatzteilen Reparaturen
größtes Lager. zuverlässig u. schnell.

Maschinenhaus Waria G. Pietsch, Poznań, Wielka 25.

Wir suchen noch per sofort:

150 geübte Schwellenhauer

70-80 Zimmerleute

zum Kantholzbeilen (Akkord)

100 gewandte Leute

zum Schneiden von Lichtmasten und Telegraphenstangen.

Schnellste Meldungen an

Zarząd Przewodniczący Obrzyko

Obrzyko, pow. Szamotuły.

Destillations-Grundstück

mit großem Fabrikgebäude

Essigfabrik und Schankgeschäft

sehr billig zu verkaufen.

Gef. Angeb. unt. Z. 4135 an die Geschäftsst. ds. Bl. erb.

Kaufe jede Quantität Glashstroh

gegen Barzahlung und bitte um Angebot unter

Fr. Dickisch, Glashexport, Leszno, Tel. Leszno 202.

18 erstklassige Zugschiffen,

3-7 Jahre alt, ca. 13 Stk. schwer, stehen zum Verkauf.

Angebote erbeten an

Gutsverwaltung Borowo b. Czempin,

Möbel

für jeden

Geschmack

in jedem

Stil

bei sauberster

Ausführung

fertigt

W. Gutsche

Grodzisk-Gosna 36

(früher Grätz-Posen).



Milchkannen

mit H. Jan Markowski

Poznań

Mielżyńskiego 23

Tel. 52-43.

Sommersprossen,

gelbe Flecke, Sonnenbrand, beseitigt

unter Garantie

Axela-Crème

1/2 Dose 1,50 Zloty,

1/1 Dose 3,00 Zloty.

Axela-Seife

1 Stück 0,75 Zl. bei

J. Gadebusch,

Drogenhandlg., Parfümerie

Poznań, Nowa 7 (Bazar).

Folgende Zeitschriften emp-

fehlen wir zum Abonnement:

Gartenlaube - Daheim -

Bazar - Elegante Mode -

Fräulein - Frauen- und Modereit-
m. Schnittmuster - Bobad's
Praktische Damen u. Kinder-
moden mit Schnittmustern -
Deutsche Jägerzeitung -
Gesellschaftszeitung - Fischerei-
zeitung und andere mehr.
Westermanns Monatshefte -
Belhagen und Klafings
Monatshefte - Zeitschrift
für Spiritus-Industrie -
Der Uhu - Scherls Ma-
gazyn - usw.

Druckaria Concordia Sp. Ake.
(fr. Posener Buchdruckerei
und Verlagsanstalt T. A.)
Poznań, Zwierzyniecka 6.
Abteil. Verlagsbuchhandlung.

Eröffnung.
Mit Gegenwärtigem zur gefl. Kenntnissnahme, daß wir am 28. d. Mts. eine
Konditorei und Café
eröffnen in der ul. Wielka 15 (neben der Warthe, früh. Niewitecki).
Wir versichern, daß wir mit nur la Ware unsere werte Kundschaft
bedienen werden.
Indem wir auf einen gütigen Zuspruch rechnen, garantieren wir
für prompte und reelle Bedienung.
Hochachtungsvoll
P. Hoffmann & F. Skowronski.
En gros. Telefon 1038. En détail.

Für einen
Magnaten
suche wiederum im Poznański
ein Gut
von 1500 - 2000 Morgen
bei voller Auszahlung u. erbitter
Offerten
Józef Stark,
Poznań, ul. Długa 4.
Telephon 2760.

1 Hausgrundstück,
2 Ecken, 10 Zimmer,
Stallungen, Getreidepei-
cher, Schuppen, großer
Hofraum, Obst- und Ge-
müsegarten (1/4 Morgen),
zu verkaufen.
Anzahlung 1/4 des Kaufge-
ltes, der Rest auf Hypothek.
Anfragen unter **Z. 4053**
an die Geschäftsstelle dieses
Blattes erbeten.

**Pferdeischer-
maschinen**
„Hauptner“, Pferde- Vieh-
und Schaffstern sowie Ersatz-
teile, ferner Ohrmarken und
Zangen, Schweinehalszangen.
Erolare usw. empfiehlt zu bil-
ligsten Preisen
Ed. Karge,
Stahlwaren - Geschäft
Schleiferei mit elektr. Betrieb.
Poznań, ul. Nowa 7/8
(Neuestr. 7/8, gegenüber der
Disconto-Gesellschaft).

Großes Zimmer
möbliertes
Nähe des Roten-Gartens
sofort zu vermieten
Poznań
Siemiradzkiego 8 I.
Thiede, Poznań,
ul. Strzelecka 26 III, links.
Gefucht ein ruhiges
möbliertes Zimmer
für 2 Damen zu sofort in guter
Gegend (Bolog. Garten).
Off. unt. **Z. 4084** an
die Geschäftsst. d. Blattes erb.
Ich suche 2 leere Zimmer,
mit separatem Eingange, für
Möbleri. Ang. unt. **Z. 4125**
an die Geschäftsst. ds. Bl. erb.
Freiwerdendes Pastorhaus
wird von evgl. Familie zu
mieten gesucht. Off. erb.
unter **Z. 4098** an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Gesucht
eine 2-3-Zimmerwohnung
mit oder ohne Möbel.
Robert Koczorski,
Schuhgeschäft Poznań,
St. Rynak 78.

Suche zu tauschen
eine schöne Zweizimmer-Wohnung
mit Küche, Nebengelass und Badeinrichtung. (zwei Treppen,
Sonnenlicht, in Gajanus, nahe dem Botanischen Garten
gelegen, gegen ebenbürtige oder größere in der Stadt Poznań.
Gefl. Off. unt. **Z. 3039** an die Geschäftsst. ds. Bl. erb.

Spielplan des Großen Theaters.
Freitag, den 27. 2. „Goplana“.
Sonntag, den 28. 2. „Die lustigen Weiber von Windsor“.
Sonntag, den 1. 3., nachm. 3 Uhr „Boccaccio“.
Sonntag, den 1. 3. abends 7^{1/2} Uhr „Mignon“.
Montag, den 2. 3. „Goplana“.

Teatr Palacowy
plac Wolności 6.
„Das Rad der Qual“ das geniale Werk Abel
Gauco's. In der Haupt-
rolle Severin Mars. Dieser Film wurde
während einer von der französischen Halbmonats-
zeitschrift „Cine a“ veranstalteten Enquete
an den ersten Platz gestellt, indem er die meisten
Stimmen des Publikums erzielte.
Infolge des abendlichen Andranges
findet der Vorverkauf der Eintritts-
karten von 12-1/2 Uhr statt.

Tüchtigem Handwerker
evgl. nicht unter 30 Jahren (Zimmerer oder Maurer), mit
guter Schulbildung wird Gelegenheit geboten in ein altes
Baugeschäft einzubeitreten.
Es kommen nur solche Herren in Frage, die imstande
sind, das Geschäft selbst zu leiten. Zuschriften mit Bild
unter **Z. 3089** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ernst Gotter!
Deine Eltern suchen Dich. Bis 6. März schreibe an Firma
Emil Windolf, Hamburg 23, Peterstraße 40. Später
Friedr. Gotter, Neu Württemberg (Porto Felix), Roncip
Ang. Alta Brasilien.

Geschäftsgrundstück,
einkündig, am Markt gelegen, in welchem seit 15 Jahren ein
**Mannufaktur-, Garderoben- und Kolonialwaren-
geschäft** geführt wurde, ist sofort günstig zu verkaufen.
Angebote unt. **4159** an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.

Verkaufe 2 Wagenpferde,
große Fuchse mit Blasse, evtl. Eintausch gegen Arbeitspferde.
Birschel, Olszewko bei Naklo.
Tel. Naklo 32.

**Saat-
Kartoffeln:**

v. Stieplers Wohltmann 24
Kariz v. Kameke
v. Kamekes „Parnassia“
v. Kamekes „Arnika“
v. Kamekes „Pepo“
v. Kamekes „Deodara“
v. Kamekes „Gratiola“
v. Kamekes „Hindenburg“
v. Kamekes „Pirata“
v. Kamekes „Centifolia“
v. Kamekes „Laurus“
Cimbals Wohltmann
Odenwälder Blau
Müllers Frühe
Werder
Blicher
Klein Spiegler Wohltmann
Klein Spiegler Silesia
Modrows Industrie
Cimbals „Alma“
Richters Jubel
Panksens Juli

hat abzugeben
**Posener Saat-
baugesellschaft**
Poznań
Wjazdowa 3 Tel. 5626.
Ausführliche Preislisten
umsonst und portofrei!

Wlademiker
(deutsches Abitur) erteilt Unter-
richt in Polnisch, Französisch
und Englisch.
Offerten unter **4131** an die
Geschäftsst. d. Blattes erb.

**Schüler des Deutschen Privat-
Gymnasiums finden liebevoll
Aufnahme bei**
Schwester Augusta,
Poznań,
ul. Patr. Jackowskiego 23

Die Offerten Nr. 2343, 2384,
2433, 2446, 2468, 2531, 2536,
2542, 2592, 2651, 2657, 2711,
2749 bitten wir bald abzu-
holen. Geschäftsstelle des
Posener Tageblattes.

Gebildeter deutschkatholischer
Landwirt
27 Jahre alt, welcher erteilt.
Wirtschaft in Poln. Schlesien
erbt, wünscht Bekanntschaft einer
intellig. tüchtigen Landwirts-
schafter, nicht über 25 Jahre
zwecks Heirat.
3000 Zl. Vermögen erwünscht.
Gefällige Zuschriften mit
Bild unter **Z. 4153** an die
Geschäftsst. d. Blattes erb.